

5 Dringliche Anträge

5.1 Besonderer Rechtsschutz für Bildungseinrichtungen (GRin. Hopper, ÖVP)

Hopper:

Verehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste auf der Galerie. Ich darf in die dringlichen Anträge starten mit einem Thema, das uns allen ein sehr großes Anliegen ist. Bekanntlich wird der Erfolg von den Kindern und den Grazer Jugendlichen durch unsere Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen erst wirklich garantiert und da haben sich die Anforderungen im Raum Graz sehr erhöht und verändert in den letzten Jahren. Nicht nur im Bereich von Integration und Inklusion, sondern auch die Länge des Schultages und daher einhergehend die Öffnungszeiten der diversen Einrichtungen haben sich geändert und in den meisten Fällen verlängert. Die Stadt Graz hat auf den erhöhten Bedarf auch mit diversen Ausbauten bereits reagiert und nichtsdestotrotz ist die Ausdehnung von der Öffnung, die Ausweitung des Angebots, wie z.B. der Ausbau von der schulischen Nachmittagsbetreuung und der ganztägigen Schulform, was immer wieder zu Diskussionen bis hin zu erhöhten Reibungen führt, im unmittelbaren Umfeld der Einrichtungen.

In den allermeisten Fällen und mehrheitlich können diese Probleme auch mit zwischenmenschlichen Gesprächen seitens aller betroffenen Parteien einvernehmlich gelöst werden und immer wieder, wie auch im bekannten Fall dieses Jahr in Gösting, gibt es aber Vorfälle, wo trotz aller Bemühungen von allen Seiten die Schließung einer Einrichtung nicht verhindert werden kann. Wie bereits erwähnt, in den meisten Fällen gibt es Lösungen, mit denen alle Betroffenen einverstanden sind. Wo dann die Betreuungseinrichtungen nicht nur akzeptiert, sondern auch geschätzt werden. Sollte es aber in Zukunft wieder zu einem Fall kommen wie in Gösting, ist es nicht möglich, weil es hier auch keine einheitliche, klare oder gesetzliche Regelung gibt, die darauf beruht, dass Kinderlärm ganz klar nicht unter Lärmschutz fällt. Sondern sollte ganz klar sein, dass es etwas ist, worauf wir eigentlich stolz sein sollten als Stadt Graz, weil die

Stadt lebendig und jung ist. Es ist allerdings trotzdem die Lärmsituation, auf die sich oft die Anrainerinnen und Anrainer berufen. Wir haben uns in der Vergangenheit bereits für dieses Thema sehr stark gemacht. Gemeinderätin Sissi Potzinger hat 2011 einen Antrag gestellt, in direktem Bezug auf die gesetzlichen Änderungen, die es auch in Deutschland zu dem Zeitpunkt gegeben hat. Dort ist es bereits so, dass in den betreffenden Gesetzestexten Kinderlärm dezidiert schon ausgenommen ist von Belästigung und ich finde, das ist etwas, was wir in Graz auch als Selbstverständlichkeit ansehen sollten.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich ausdrücklich zu öffentlichen Freiräumen für Kinder und stellt klar, dass das Spielen von Kindern bzw. Kinderstimmen keine ungebührliche Lärmbelästigung darstellen.
2. Das Land Steiermark wird über den Petitionsweg aufgefordert, den § 1 Abs. 1 des Stmk. Landessicherheitsgesetzes sowie § 77 Abs. 1 des Stmk. Baugesetzes dahingehend zu adaptieren, dass Kinderstimmen dezidiert nicht als ungebührlich störender Lärm gewertet werden dürfen.
3. Der Bund wird über den Petitionsweg aufgefordert, einen besonderen Rechtsschutz für Bildungseinrichtungen zu beschließen, damit die Möglichkeiten zur Klage, durch die von Kindern ausgehenden Geräuschemissionen, in Zukunft ausgeschlossen sind.

Originaltext des dringl. Antrages:

Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, Schulen und Horte sind Bildungsstätten, die den Erfolg unserer Jugend auch in Zukunft garantieren sollen. In den letzten Jahren haben sich die Anforderungen an die genannten Bildungseinrichtungen, insbesondere in Ballungsräumen wie Graz, stark erhöht. Neben

den Herausforderungen des Alltags (Heterogenität der SchülerInnen, Sprachdefizite, Integration und Inklusion) hat sich auch die Länge des Bildungstages in den Einrichtungen geändert. Gab es vor 20 Jahren noch kaum ganztägige Schulformen, halten inzwischen ein Großteil der Pflichtschulen bis 17:00 Uhr oder länger offen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei den elementarpädagogischen Einrichtungen Kindergärten und Kinderkrippen. Gleichzeitig hat insbesondere im elementarpädagogischen Bereich ein massiver Ausbau der Bildungseinrichtungen stattgefunden, um einen entsprechend hohen Versorgungsgrad, und damit verbunden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, garantieren zu können.

Diese Ausdehnung der Öffnungszeiten und Ausweitung des Angebotes führt immer öfter zu Diskussionen im unmittelbaren Umfeld der Einrichtungen. In der Regel konnten jedoch die Probleme mit Anrainern einvernehmlich gelöst werden. In den meisten Fällen wird die Einrichtung nach einer entsprechenden Gewöhnungszeit von den Nachbarn positiv aufgenommen.

In jüngerer Vergangenheit (Fall Gösting) hat es jedoch Vorfälle gegeben, die trotz der Bemühungen aller beteiligten Behörden die Schließung eines Kindergartens nach sich zog. Auch der Ausbau der Schulischen Nachmittagsbetreuung bzw. ganztägiger Schulformen führt immer wieder zu Konflikten mit Anrainern. Auch wenn diese bis dato immer in gutem Einvernehmen aller Beteiligten im Sinne der Schülerinnen und Schüler gelöst werden konnten, fehlt hier trotzdem eine klare und einheitliche gesetzliche Regelung bezüglich der entstehenden Lärmsituationen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich ausdrücklich zu öffentlichen Freiräumen für Kinder und stellt klar, dass das Spielen von Kindern bzw. Kinderstimmen keine ungebührliche Lärmbelästigung darstellen.
2. Das Land Steiermark wird über den Petitionsweg aufgefordert, den § 1 Abs. 1 des

Stmk. Landessicherheitsgesetzes sowie § 77 Abs. 1 des Stmk. Baugesetzes dahingehend zu adaptieren, dass Kinderstimmen dezidiert nicht als ungebührlich störender Lärm gewertet werden dürfen.

3. Der Bund wird über den Petitionsweg aufgefordert, einen besonderen Rechtsschutz für Bildungseinrichtungen zu beschließen, damit die Möglichkeiten zur Klage, durch die von Kindern ausgehenden Geräuschemissionen, in Zukunft ausgeschlossen sind.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (16.37 Uhr)

GRⁱⁿ. Robosch:

Liebe Anna, ich danke dir für diesen Antrag. Auch wenn ich grundsätzlich sehr viel Verständnis für Anrainerinnen und Anrainer im Umfeld von Kindergärten, Horten und Schulen habe, weil sie vielleicht die Geräuschkulisse vielleicht als Belastung wahrnehmen, so ist eines doch klipp und klar zu sagen: Dieses Bekenntnis, das wir als Gemeinderat und wir als Gesellschaft heute vielleicht ablegen, ist ein wichtiges. Es geht um unsere Zukunft und um die Zukunft unseres Landes. Genau das leisten diese Einrichtungen nämlich. Sie bauen die Zukunft für unsere Gesellschaft. Jetzt ist natürlich klar, dass gesetzliche Regelungen allein die Aufgabe nicht lösen werden. Wie du vorher schon angesprochen hast, braucht es immer einen Konsens, ein nachbarschaftliches Verhältnis zueinander, damit Probleme beseitigt werden können. Es braucht gegenseitige Akzeptanz und Verständnis. Deswegen ist es auch so wichtig, dass hier die Pädagoginnen und Pädagogen erwähnt werden, die in vielen Fällen dieses Verständnis und diese Vermittlungsrolle mit der Nachbarschaft einnehmen. Für diese Arbeit, die sie zusätzlich leisten, gebührt ihnen auch unser Dank. Zusätzlich gehört aber auch ein gewisses Selbstverständnis dazu. Für uns als Sozialdemokratie ist es ganz wichtig, dass wir Kinderlachen nicht als Lärm empfinden, sondern dass wir Kinderlachen als freie Entfaltungsmöglichkeit wahrnehmen. Deswegen sagen wir, dieses Bekenntnis ist uns extrem wichtig. Wir brauchen diese Rahmenbedingungen, die du in deinem Antrag

beschrieben hast und wir brauchen auch diese Einrichtungen für unsere Zukunft. (*Appl. allgem.*)

GRⁱⁿ. **Wutte**, MA:

Liebe Anna, vielen Dank für diesen tollen Antrag, der auch aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Thema anspricht. Ich denke, wir leben in einer Welt, wo Freiräume für Kinder immer weniger werden. Seien es physische Freiräume, im Sinne von Grünraum oder Orten, wo Kinder spielen können und sich aufhalten können, seien es einfach auch Freiräume in der Tagesstruktur, im gesamten Leben. Von dem her ist es sehr wichtig, ein klares Zeichen zu setzen, dass wir das wollen, dass Kinder Orte zum Spielen haben. Ich habe selbst ein kleines Kind, von da her ist es mir durch Kontakte mit befreundeten Eltern und vor allem die Kreise, in denen ich mich bewege, sehr bewusst, dass wir in der Stadt mehr Möglichkeiten für Kinder schaffen müssen und hoffe, dass wir zu diesem Thema noch weiter gut zusammenarbeiten können. Wir stimmen gerne zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ. **Hopper**:

Ich finde, gerade nach so einer Sitzung, wo es sich abzeichnet, dass wir ein sehr bunter Gemeinderat sind, der verschiedene Meinungen hat, ein wundervolles Zeichen nach außen, dass wir ganz stark nach außen tragen sollten, dass wir uns für Kinder stark machen und dass für uns ganz klar die Kinder, so wie Anna auch gesagt hat, nicht nur die Zukunft sind, sondern etwas, worauf wir stolz sein dürfen und ja nicht in irgendeiner Art und Weise einschränken sollten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5.2 Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur zur Anbindung der Reininghausgründe bzw. in den Grazer Westen (GR. Eber)

Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht dabei natürlich auch um die Unterführung Josef-Huber-Gasse. Die Debatte darüber ist nicht neu, sie ist annähernd 20 Jahre alt. Wobei am Anfang auch Alternativen dazu durchaus untersucht wurden, die haben sich aber als technisch nicht möglich oder nur sehr schwer realisierbar herausgestellt. Mit der Realisierung des neuen Stadtteils Reininghaus gehen auch neue Herausforderungen für die Verkehrsinfrastruktur einher. Bereits im Rahmenplan Reininghaus, der im Februar 2010 einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde, hieß es: „Eine Realisierung aller oder eines Großteils der Flächen mit bisher üblichen Ansätzen zu Nutzungsart, Modal Split und Stellplatzanzahl etc. würden das umliegende Straßennetz großräumig stark überlasten bzw. wesentliche Ausbauerfordernisse der Straßenverkehrsinfrastruktur notwendig machen.“ Es wurde dementsprechend ein Verkehrsentwicklungskonzept erarbeitet, das sich an der „Sanften Mobilität“ orientiert. Das bedeutet, man wollte den Versuch unternehmen, weg zu kommen beispielsweise von einem Anteil des motorisierten Individualverkehrs von nahezu 50 %, wie wir ihn in der ganzen Stadt heute haben und hin zu einem maximal 25%-igen Anteil des MIV, was ein sehr ambitioniertes Ziel ist. Die optimale Erschließung für den FußgeherInnen- und Fahrradverkehr sowie die bestmögliche Anbindung an den öffentlichen Verkehr mittels Straßenbahn bzw. kurzfristig mit einem Busangebot sind dafür wichtige Voraussetzungen. Neben dem Ausbau der Kreuzung Eggenberger Straße - Alte Poststraße ist die Unterführung Josef-Huber-Gasse ein Verkehrsinfrastrukturprojekt, das vorwiegend dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zugutekommt. Beide Projekte waren bereits Inhalt des Rahmenplans Reininghaus. Vor nunmehr gut drei Jahren, in der November-Sitzung 2014, wurde die Projektgenehmigung über 2,75 Mio. Euro mehrheitlich beschlossen. Nun findet zurzeit die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) statt, der entsprechende Bescheid wird bereits im April 2018 erwartet. Um den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern in

Reininghaus die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln von Anfang an schmackhaft zu machen, der Mensch ist ja bekanntlich ein Gewohnheitstier, ist es erforderlich, möglichst frühzeitig für eine gute Anbindung an den ÖV zu sorgen.
Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz sieht das Erfordernis, für den neuen Stadtteil Reininghaus entsprechende Adaptierungen und Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur vorzunehmen. Dazu gehört auch eine Straßenanbindung über die Josef-Huber-Gasse zur Alten Poststraße. Gemäß der Verkehrsstrategie der Stadt Graz und der darin verankerten Priorität für den öffentlichen Verkehr genießt aber die Bereitstellung eines guten ÖV-Angebots Vorrang. Folglich ist sicherzustellen, dass die geplante Verlängerung der Straßenbahn bis Reininghaus (Hummelkaserne) sowie die Umsetzung des Buskonzepts Graz West als Bestandteil des "Masterplans ÖV" zeitlich VOR der Fertigstellung der Straßenunterführung Josef-Huber-Gasse wirksam wird.

Soweit der Antrag, er ist leider etwas sperrig geschrieben, damit auch wirklich alles berücksichtigt ist. Es geht darum, die Straßenbahnanbindung der Hummelkaserne von Reininghaus rechtzeitig zu schaffen, bevor noch die Josef-Huber-Gasse-Unterführung in Betrieb genommen wird. Ich ersuche um Zustimmung.

Originaltext des dringl. Antrages:

Die Realisierung des neuen Stadtteils Reininghaus bringt auch neue Herausforderungen für die Verkehrsinfrastruktur mit sich. Bereits im Rahmenplan Reininghaus, der im Feber 2010 einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde, hieß es: *"Eine Realisierung aller oder eines Großteils der Flächen mit bisher üblichen Ansätzen zu Nutzungsart, Modal Split und Stellplatzanzahl etc. würden das umliegende Straßennetz großräumig stark*

überlasten bzw. wesentliche Ausbauerfordernisse der Straßenverkehrsinfrastruktur notwendig machen."

Es wurde dementsprechend ein Verkehrsentwicklungskonzept erarbeitet, das sich an der "Sanften Mobilität" orientiert. Die optimale Erschließung für den FußgeherInnen- und Fahrradverkehr sowie die bestmögliche Anbindung an den öffentlichen Verkehr mittels Straßenbahn bzw. kurzfristig mit einem Busangebot sind dafür wichtige Voraussetzungen. Neben dem Ausbau der Kreuzung Eggenberger Straße - Alte Poststraße ist die Unterführung Josef-Huber-Gasse ein Verkehrsinfrastrukturprojekt, das vorwiegend dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zugutekommt. Beide Projekte waren bereits Inhalt des Rahmenplans Reininghaus.

Vor nunmehr gut drei Jahren, in der November-Sitzung 2014, wurde die Projektgenehmigung über 2,75 Mio Euro mehrheitlich beschlossen. Nun findet die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) statt, der entsprechende Bescheid wird bereits im April 2018 erwartet. Die Zielsetzung für den Modal Split für Reininghaus ist sehr ambitioniert: Lediglich 25 % aller Wege sollen mit MIV erfolgen. Um den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern in Reininghaus die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln von Anfang an schmackhaft zu machen, ist es erforderlich, möglichst frühzeitig für eine gute Anbindung an den ÖV zu sorgen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat der Stadt Graz sieht das Erfordernis, für den neuen Stadtteil Reininghaus entsprechende Adaptierungen und Ausbauten der Verkehrsinfrastruktur vorzunehmen. Dazu gehört auch eine Straßenanbindung über die Josef-Huber-Gasse zur Alten Poststraße. Gemäß der Verkehrsstrategie der Stadt Graz und der darin verankerten Priorität für den öffentlichen Verkehr genießt aber die Bereitstellung eines guten ÖV-Angebots Vorrang. Folglich ist sicherzustellen, dass die geplante Verlängerung der Straßenbahn bis Reininghaus (Hummelkaserne) sowie die Umsetzung des

Buskonzepts Graz West als Bestandteil des "Masterplans ÖV" zeitlich VOR der Fertigstellung der Straßenunterführung Josef-Huber-Gasse wirksam wird.

GRⁱⁿ. **Ussner:**

Ein herzliches Hallo auch noch von mir. Ich entschuldige mich gleich im Vornhinein, ich bin etwas angeschlagen.

Liebe Anwesende, liebe KPÖ. Wir werden der Dringlichkeit heute zustimmen, dem Antragsinhalt aber nicht. Wieso? Also kurz zur gestrigen Ausschusssitzung für Verkehr, da muss ich kurz ein wenig ausholen und erklären. Wir hätten ja eigentlich heute das Stück auf der Tagesordnung gehabt zur Evaluierung unserer Mobilitätsstrategie. Das hat dann heruntergenommen werden müssen, weil bestimmte Mitglieder sich das über das Wochenende nicht genau genug ansehen haben können, wie auch immer. Es hätte den Inhalt gehabt, dass wir unsere Mobilitätsziele fast ganzheitlich verfehlt haben. Wenig überraschend, aber trotzdem ist es ziemlich alarmierend. Jetzt zum angesprochenen Rahmenplan Reininghaus. Da hätte eine Ost–West–Verbindung her sollen und keine Hochleistungsstraße, so wie im Endeffekt jetzt die Josef-Huber-Gasse ausfällt. Deswegen haben wir auch 2014 als Einzige nicht zugestimmt. Soll ich einen Kaffee bringen zum Tratscherl?

*Zwischenruf GR. **Rajakovics:** Was ist eine Hochleistungsstraße?*

Ussner: Wie eine Stadtautobahn, eine leistungsstarke Straße für den motorisierten Individualverkehr. Jedenfalls werden wir mit solchen Projekten unsere Mobilitätsziele sicher nicht erreichen. Ich habe mir die Unterlagen einmal genau angesehen von der Umweltverträglichkeitsprüfung und das sind tausende Autos mehr, die am Tag da durchfahren. Die Zahlen sind relativ ungenau berechnet und man kann sogar davon ausgehen, dass das noch viel mehr werden im Endeffekt, als da in den

Modellberechnungen drinnen ist. Da kann mir niemand erzählen, dass das keine hochleistungsstarke Strecke ist, wenn da tausende Autos am Tag drüberfahren. Wenn wir unsere Mobilitätsziele erreichen wollen, dann haben solche Investitionen in die Vergangenheit einfach keinen Platz, deswegen können wir dem Antragstext so nicht zustimmen.

Was ich noch erwähnen wollte, Herr Frölich, so glaube ich, dass ich mich das erste Mal über eine Wortmeldung von Ihnen wirklich gefreut hab. Das war zum Meranpark...

*Zwischenruf GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Das freut uns auch!*

Ussner: Wo sie gesagt habe, wir sollten uns mehr auf die Expertise unserer Ämter verlassen und danach unsere politischen Entscheidungen treffen und da verstehe ich nicht, warum das nicht auch für den Verkehrsbereich gilt seit 20 Jahren.

*Zwischenruf GR. Mag. **Frölich**: Das klären wir dann auf.*

Ussner: Jetzt auch noch einmal zu eurem Vorgehen zu dem Themenbereich, liebe KPÖ. Ihr macht es euch schon einfach, ihr stellt das Verkehrsressort und macht dann solche Anträge. Mir ist es schon bewusst, dass es nicht einfach ist gegen hauptsächlich Autolobby in der Stadtregierung, aber man muss deswegen noch stärker für die nötigen Entwicklungen in unserer Stadt kämpfen. Speziell, wenn man das Verkehrsressort leitet. Da ist mir der Antrag bei weitem nicht genug für das, wo wir eigentlich in Zukunft hin müssen.

GR. Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Elke. Liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Realisierung des neuen Stadtteils Reininghaus ist ja, wie der Kollege Eber bereits ausgeführt hat, mit sehr vielen Herausforderungen verbunden. Die Position, die in diesem dringlichen Antrag vertreten wird, hat durchaus auch ihren Charme und ist auch unterstützenswert nach unserer Meinung. Da sie kein absolutes Nein zur Unterführung der Josef-Huber-Gasse beinhaltet. Die Intention, den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln vor der Errichtung von Straßen für den mobilen Individualverkehr voranzustellen, stellt darüber hinaus sicherlich eine geeignete Maßnahmenanpassung zur Erreichung der Ziele aus dem Moko 2020 und dazu ist ja schon der Modal-Split angesprochen worden. Wenn nun die attraktiven Verkehrsmittel des ÖV als erste Möglichkeit zur Mobilität vorhanden sind, dann werden diese auch sicherlich von den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern des Reininghaus-Stadtteils genutzt und da tritt auch zusätzlich ein gewisser Gewöhnungsfaktor ein, so dass man durch diese Maßnahme bereits ständige Benutzer für das ÖV-Verkehrsnetz gewinnen kann. Aus diesen Gründen sehen wir einerseits die Dringlichkeit des Antrages und wir werden auch dem Inhalt zustimmen. Danke.

GR. Dr. **Piffl-Percevic:**

Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat, liebe ZuhörerInnen. Die Volkspartei hat bereits mit der SPÖ und es haben dann im vergangenen Jahr oder vorvergangenem Jahr fast alle Fraktionen auch zugestimmt, sich bereits zur Verkehrssituation und zur weiteren Vorgangsweise in Reininghaus geäußert. Dazu darf ich ganz konkret ausführen: Es hat in der letzten Woche die eisenbahnrechtliche Verhandlung für die Verlängerte Dreierlinie über Reininghaus zur Hummelkaserne stattgefunden. Es ist im Wesentlichen ohne jede Beanstandung und ohne jeden Einspruch verlaufen. Das heißt, man kann sagen, dieses Projekt ist in jeder Phase der Generierung auf Schiene. Es beginnt in diesen Tagen auch die begleitende Prüfung dieses Projektes durch den Stadtrechnungshof. Zweitens, Unterführung Josef-Huber-Gasse, und da darf ich,

kommend vom Stadtplanungsausschuss, bitte ersuchen, dass wir zunehmend sagen, es ist die Unterführung dieser Zufahrt auf das Steinfeld. Das ist auch der Name dieser Verkehrsachse, die Josef-Huber-Gasse endet, das haben wir damit beschlossen, so wie bisher mit dem Gürtel. Alles, was Gürtel und nachher in den Westen geht, ist am Steinfeld. Diese Unterführung hat bereits die positive Prüfung durch den Stadtrechnungshof gehabt. Die Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Land Steiermark läuft. Gestern war die BürgerInnenanhörung und die aufgelegten Pläne konnten besichtigt werden. Uns liegt ein Schreiben der Stadtbaudirektion vor, die dafür zuständig ist, zuständiger Referent DI. Klaus Masetti. Darin ist Folgendes angekündigt: Im Jänner wird dem Gemeinderat das Detailprojekt für die Straßenbahn zur Genehmigung vorgelegt und ebenfalls der weitere Projektschritt für die Josef-Huber Gasse, sprich am Steinfeld. Die Fertigstellungstermine, wenn alles weiterhin planmäßig geht, leisten wie folgt ganz dem Antrag, dem dringlichen, Folge. Im Jahr 2021 Fertigstellung der Straßenbahn und im Jahr 2022, also zeitlich danach, die Fertigstellung der Unterführung. Es ist daher nicht notwendig, eine Dringlichkeit darüber zu beschließen. Das ist die Sachlage und ich bitte weiterhin um die Unterstützung aller Stellen, dass wir diesen ehrgeizigen Plan auch halten. Im Jänner sollten wir uns bereits im Detail damit auseinandersetzen. Aus diesem Grunde daher keine Dringlichkeit. Weil alles ist auf Schiene.

GR. Ing. Lohr:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Antragsteller. Damit ich nicht gescholten werde, natürlich kurz. Kollege Piffli-Percevic hat ja schon ausgeführt, die Arbeiten in den Ämtern geschehen. Daher war der Antrag nicht dringlich und in Wahrheit rudert ihr ja mit dem Antrag wieder ein wenig zurück, weil die Stadträtin Kahr ist zumindest in der Zeitung anders zitiert worden. Sie wollte ja die Unterführung gleich ganz wieder absagen. Da hoffe ich schon, dass das eine Zeitungssente war, weil diese Verquickung jetzt, dass man zwei Projekte quasi junktimiert, dass man die so in den Zusammenhang bringt. Wie stellt ihr euch das vor? Wenn dann bei der Planung

oder der Einreichung ...

Zwischenruf StRⁱⁿ. Kahr: Weil das 2019 in Betrieb gehen soll.

GR. Lohr:

... irgendein Problem auftaucht, soll die Planungsabteilung für die Josef-Huber-Gasse die Ärmel in die Säcke stecken und dann auch die Arbeit einstellen und einmal warten? Man kann ja die zwei Projekte, die ja eh ehrgeizig geplant sind, wo ja natürlich die Straßenbahn auch dort schon fahren wird, wenn die Josef-Huber-Gasse befahren wird, kann man ja nicht in einem Antrag, dann kann man das nicht in einem Antrag, nicht formalrechtlich in einem Antrag zusammenschließen.

Josef-Huber-Gasse, das sei noch einmal erwähnt oder in Zukunft am Steinfeld, natürlich auch eine wichtige Verkehrsachse, die man schon seit den 80-iger-Jahren planen, jetzt dann in Zukunft möglich machen, ist die Voraussetzung für Reininghaus, das haben wir schon gesagt und damit auch der Verkehr dann in Don Bosco und am Hauptbahnhof wieder fließen wird und vor allem fließen kann.

GR. Eber zum Schlusswort:

Danke zunächst, lieber Peter Piffli-Percevic, du hast dir alles sehr genau angeschaut. Tatsächlich ist es so, dass zur Zeit die Terminpläne so sind, dass die Straßenbahn ein halbes Jahr plus/minus vor der Unterführung in Betrieb gehen soll. Genau deshalb denke ich mir, spricht auch nichts dagegen, dass wir uns heute selbst verpflichten, diese Zeitpläne tunlichst auch einzuhalten. Wenn natürlich da oder dort Probleme, wie auch immer, auftreten, dann muss man eh flexibel darauf reagieren. Das ist natürlich klar. Aber notwendig ist es auf alle Fälle, dass zunächst einmal die Straßenbahn dort ist. Wie gesagt, der Mensch ist halt ein Gewohnheitswesen sozusagen und das heißt, wenn ich eine Straßenbahn vor der Tür habe von Anfang an, werde ich sie eher

benützen, als wenn ich zuerst mit dem Auto fahren muss und die Straßenbahn erst zu einem späteren Zeitpunkt kommt. Von da her würde ich mich natürlich sehr freuen, wenn wir diesen Antrag heute auch so beschließen könnten. Ob diese beiden Projekte tatsächlich, wie du gesagt hast, im Jänner dann auf der Tagesordnung stehen werden...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Vom Buskonzept wurde nichts gesagt.

Eber: Vom Buskonzept hast du nichts gesagt, höre ich da gerade...

Zwischenruf GR. Dr. Piffli-Percevic: Entsprechend des Siedlungsbaufortschrittes ist das anzupassen. Es wohnt ja noch niemand dort.

Eber:

Das gilt natürlich für alle Projekte. Das gilt auch für die Josef-Huber-Unterführung genauso. Da heißt es ja auch im Rahmenplan, wenn 300.000 m² Bruttogeschossfläche verbaut sind, dann ist sie erforderlich. Das bei einem Volumen von insgesamt mehr oder weniger 1 Million Bruttogeschossfläche. In diesem Sinne würde ich mich natürlich freuen, wenn beide Projekte im Jänner dann zur Abstimmung in den Gemeinderat kommen. Ich glaube nicht, dass es irgendeinen Schaden anrichtet, wenn wir diesen Antrag heute hier beschließen und ersuche auch insbesondere die ÖVP um Zustimmung. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt. (gegen FPÖ und ÖVP)

5.3 Busleitsystem (GR. Mag. Sippel)

Sippel:

Es geht um das Busleitsystem für Reisebusse und um die Parkplatzproblematik in diesem Zusammenhang. Andere sprechen da ja von einem Verkehrschaos und ich glaube, dem ist Abhilfe zu schaffen. Wir sollten es da anderen Städten gleichtun, nämlich hier eine Systematik installiert haben, die wirklich funktioniert. Wir können froh sein, dass der Grazer Advent so nachgefragt ist, dass so viele Menschen aus dem In- und Ausland die Märkte stürmen und erfreulicherweise kommen auch sehr viele mit Bussen in unsere Stadt, weil der Bus ist ja auf die Anzahl der Passagiere gerechnet ein sehr umweltfreundliches Reisemittel. Nur haben wir das Problem, dass da viele Reisebusse zu uns in die Innenstadt hineinfahren und wenn man dann auf die Webseite des GrazTourismus schaut, dann ist dort angeführt, dass sich die Parkplätze angefangen vom Künstlerhaus am Burgring, über das Opernhaus bis hinunter zum Eisernen Tor befinden. Nur ist es so, dass diese Busparkplätze, eigentlich diese erste Spur, gleich einmal verparkt ist und dann geschieht folgendes Kuriosum, dass dann einige ausweichen aus Mangel an weiterer Parkplatzmöglichkeiten in die Grünen Zonen. Ich habe das mit eigenen Augen beobachtet. Letztes Wochenende ist ein bosnischer Reisebus von Freitag bis Sonntag in der Heinrich-Kasper-Gasse mitten im Wohngebiet drinnen gestanden. Das kann auch nicht im Sinne des Erfinders der Grünen Zonen sein, dass jetzt die Reisebusse dahin ausweichen. Das heißt, wir brauchen ein Konzept, wie wir damit umgehen, ein Busleitsystem, hier auch beispielhaft in Salzburg, in Linz, wo man eben auch über die Webseite, über Koordinatensystem usw. dort hingeleitet wird. Damit wird die Innenstadt überhaupt nur mehr benutzt, um ein- und aussteigen zu lassen. Dann die Busse irgendwo anders auch geordnet parken lässt. Da kann man dann auch darüber nachdenken, weil wir sind die einzige Stadt, die dafür, für 5 Stunden zwar nur, aber keine Gebühren einhebt. Die Busse parken gratis bei uns, das ist bei allen anderen Städten nicht der Fall und ich glaube, da könnte man darüber nachdenken, ob man dann nicht auch Gebühren einhebt und die dann z.B. wieder rückvergütet, indem man ab einem gewissen Umsatz

oder Ankauf von Graz-Gutscheinen oder anderen Museumskarten da eben auch tatsächlich wieder eine Rückvergütung macht. Ich glaube, das wäre ein sinnvoller Ansatz. Deshalb ergeht dieser dringliche Antrag.

Originaltext des Antrages:

Ganz besonders in der Adventzeit ist unsere Stadt Graz mit ihren zahlreichen Märkten eine äußerst attraktive Destination. Gäste aus ganz Österreich, aber auch aus dem benachbarten europäischen Ausland, wählen Graz als Reiseziel für Tagesausflüge und auch mehrtägige Aufenthalte. Für unsere Stadt stellt die hohe Besucherfrequenz in der vermeintlich stillsten Zeit des Jahres einen aus wirtschaftlicher Sicht zweifelsfrei enorm wichtigen Eckpfeiler dar. Ein erheblicher Anteil der Touristen wählt zu diesem Zweck den Reisebus als Transportmittel. Reisen mit dem Bus stellt in Hinblick auf den Energieverbrauch und die Gesamtemissionen eine, verglichen mit dem Pkw, wesentlich umweltfreundlichere Form des Reisens dar. Trotzdem erfordern hohe Reisebusfrequenzen geeignete Maßnahmen, um Verkehrsbeeinträchtigungen, insbesondere in historischen Innenstadtbereichen, zu vermeiden.

Auf der Webseite von Graz Tourismus werden die Parkplätze für Reisebusse beim Künstlerhaus am Burgring sowie beim Opernhaus in der Franz-Graf-Allee empfohlen. Das Parken ist bis zu einer Dauer von fünf Stunden kostenlos. Vor allem im Kreuzungsbereich Wilhelm-Fischer-Allee / Erzherzog-Johann-Allee kommt es zu dieser Zeit regelmäßig dazu, dass Reisebusse, die hier auf eine Parkmöglichkeit hoffen, zusätzlich den rechten Fahrstreifen blockieren. Dies führt in weiterer Folge dazu, dass sich Fahrzeuge, die von der Wilhelm-Fischer-Allee kommend in den Burgring einfahrend, auf den äußerst linken Fahrstreifen einordnen müssen, um diese Kreuzung passieren zu können. Auch im Bereich ab Opernhaus bis zumindest Joanneumring verursachen parkplatzsuchende Reisebusse immer wieder zäh fließenden Verkehr in einem ohnehin stark befahrenen Verkehrsabschnitt.

Vergleichbare andere Städte wie etwa Linz, Innsbruck und Salzburg haben schon vor längerer Zeit geeignete Konzepte umgesetzt und halten Reisebusse besonders in

Stoßzeiten – abgesehen von Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten – vom innerstädtischen Bereich großteils fern. In allen vorgenannten Städten finden sich im Netz leicht zugängliche und komprimierte Informationen. Busleitsysteme informieren über die genauen Koordinaten der einzelnen Busparkplätze, geben Informationen zum zeitlich beschränkten Parkverbot, zu Nachtparkverboten, Sperrzonen bis hin zu Reparaturwerkstätten und Möglichkeiten zur Buswäsche.

Für Graz als eine überdurchschnittlich mit Feinstaub belastete Stadt sollte ein taugliches Busleitsystem ein Projekt mit höchster Priorität sein. Daneben sollte auch die größer werdende Parkplatznot Anlass geben, möglichst zeitnah eine Lösung zu erarbeiten. Ein wenig erstaunlich ist dann die Tatsache, dass auf der Webseite von Graz Tourismus darauf hingewiesen wird, dass für Reisebusse die Möglichkeit besteht, Parkplätze in der Grünen Zone zu benützen. Gerade bei Wochenendaufenthalten bedeutet das ja, dass diese Parkflächen, die an Samstagen und Sonntagen ganztägig gebührenfrei sind, für Grazer blockiert sind. Bestes Beispiel dafür ist ein mitten im Wohngebiet in der Heinrich-Casper-Gasse von Freitag bis Sonntag abgestellter Reisebus aus Bosnien. Das kann nicht im Sinne des Erfinders der Grazer Parkzonen sein.

Bei der Erarbeitung eines Busleitsystems sollte auch die Einhebung von entsprechenden Gebühren angedacht werden. Die zuvor genannten Städte haben auch dies schon umgesetzt. Es gäbe da unterschiedliche Denkansätze, wie etwa eine teilweise oder vollständige Rückvergütung der Gebühr bei Erwerb einer gewissen Anzahl der Joanneums-24h/48h-Karte oder der Graz Card oder vergleichbaren Tourismus-Paketen.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs der

dringlichen Antrag:

Die für das Verkehrsressort zuständige Stadtsenatsreferentin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit allen in Frage kommenden Abteilungen und Unternehmungen der Stadt Graz – im Besonderen mit Graz Tourismus – ein geeignetes Busleitsystem für die Stadt Graz zu entwickeln. Ziel soll es sein, Reisebusse – ausgenommen davon mögen Möglichkeiten zum Ein- und Ausstieg sein – jedenfalls vom Bezirk Innere Stadt sowie zusätzlich von den ohnehin regelmäßig stark überlasteten Verkehrswegen fernzuhalten. In die Überlegungen sollten jedenfalls Parkmöglichkeiten in den Randbezirken eingeschlossen werden, die über eine ausreichende Anbindung an den öffentlichen Verkehr besitzen. Ein erstes Beurteilungsergebnis möge dem Verkehrsausschuss bis spätestens Ende des ersten Quartals 2018 vorgelegt werden.

StRⁱⁿ. Kahr:

Sehr geehrter Herr Klubobmann. Wir werden der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Ich sage das jetzt gleich für meine Fraktion mit. Weil natürlich das richtig ist, was du angesprochen hast. Aber diese Problematik gibt es nicht erst seit gestern, die gibt es schon seit längerem, wie du weißt. Es waren nicht nur bosnische Busse, da fallen mir noch ein paar andere ein, die ich gesehen habe. Aber unabhängig davon ist es notwendig und das ist der springende Punkt. Als Verkehrsstadträtin sind da auch Vorarbeiten von meiner Seite passiert, muss man auch dazu sagen, aber es ist noch nicht weitergegangen, muss man auch sagen, weil die Abteilungen wir dazu benötigen, wie die Immobilienabteilung, weil es um die nötigen Busparkplätze geht und natürlich auch die Finanzabteilung brauchen. Mit der Abteilung für Tourismus gibt es diesbezüglich eh gute Gesprächsbasis, aber ohne Immobilienabteilung und Finanzabteilung werden wir es nicht schaffen. Aber ich bin gerne bereit, diese Koordinierung weiterhin in die Hand zu nehmen.

GR. Muhr:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung.

Sehr geehrter Herr Klubobmann Sippel. Der vorliegende Antrag der FPÖ ist bezüglich der Dringlichkeit als auch inhaltlich auf jeden Fall zu unterstützen. Besonders in der Adventzeit besuchen ja viele Touristen diese Stadt, was positive Aspekte mit sich bringt, aber, wenn man den Ausführungen vom Herrn Klubobmann zugehört hat, wirft er auch einige Schatten. Wie den ungeschickten Umgang hinsichtlich der Verparkung der Innenstadt durch die unzähligen Reisebusse. Ein effizientes Busleitsystem würde diesem Missstand sicherlich entgegenwirken. Noch viel mehr Charme hätte an dieser Stelle ein Park-&-Ride Areal nur für Busse, das eine attraktive Anbindung mit einem öffentlichen Verkehrsnetz beisitzt. Diese Busstellplätze könnten unter Umständen sogar generell gebührenfrei sein, dann müssten die Busse nicht direkt in die Innenstadt fahren und die Touristen könnten bequem mit dem öffentlichen Verkehrsmittel die Innenstadt erreichen. Abschließend möchte ich aber doch noch eine kurze Frage in den Raum stellen, Herr Klubobmann, warum bringt die FPÖ diesen Antrag erst in dieser Periode ein? In der vergangenen Periode stellte die FPÖ selbst den für den Verkehr zuständigen Stadtrat. Und eventuell wäre dieses Problem zum heutigen Zeitpunkt vielleicht schon gelöst. *(Appl. SPÖ und KPÖ)*

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (17.05 Uhr)

GR. Mag. **Sippel** zum Schlusswort:

Zu dieser Frage, das ist ein neues Phänomen, das ist wirklich heuer das erste Mal aufgetaucht, dass der Platz nicht mehr ausreicht. Es waren immer viele Busse da, Gott sei Dank, nur dass wirklich bis zum Künstlerhaus hinauf alles vollgeparkt ist und manche Busse wirklich dort ein Verkehrschaos verursachen und dann in die grüne Zone ausweichen, das war wirklich neu und das war bisher noch nicht der Fall. Insbesondere Handlungsbedarf hat es vor ein paar Jahren gegeben. Aber ich glaube, Gott sei Dank ist die Stadt so nachgefragt und es kommen so viele, in diesem gravierenden Ausmaß ist es wirklich heuer das erste Mal. Frau Stadträtin, es ist egal,

woher die Busse kommen, Hauptsache sie finden einen Parkplatz.

Zwischenruf StRⁱⁿ. Kahr: Ich hab das ja als Scherz gemeint.

Sippel:

Ich bin froh, dass sie aus dem In- und Ausland da sind und das mit dem Park-&-Ride System für Busse ist eine gute Idee. Wenn man darüber nachdenkt, es gäbe ja auch Flächen. Es ist ja nicht so, dass, wenn man die Phantasie etwas spielen lässt, nicht einem sofort ein paar Flächen einfallen. Beispielsweise auch Remise oder Messe. Dort gibt es vielleicht auch wieder einiges, das dagegen spricht, weil viele Veranstaltungen sind, aber das sind ja durchaus Möglichkeiten, die man andenken kann und ich hoffe, dass dann alle zusammenarbeiten und ich bin mir sicher, nachdem hier doch eine große Einigkeit erzielt wird bei dem Antrag, dass dann auch der Herr Finanzstadtrat hier mitspielen wird. Danke für die Annahme.

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

5.4 Aufhebung des geplanten Rauchverbots in der Gastronomie (GRⁱⁿ. Wutte, MA)

GRⁱⁿ. Wutte, MA:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Unser dringlicher Antrag betrifft die Absage des generellen Rauchverbots. Ich denke, wir alle haben die mediale Berichterstattung dazu mitverfolgt und ich glaube, es gab in der letzten Zeit kein Thema, das so viele Menschen in Österreich so bewegt hat und so aufgeregt hat. Die Online-Petition der österreichischen Krebshilfe haben, ich habe gerade vorher nachgeschaut, mittlerweile

280.000 Menschen unterschrieben, binnen 3 Tagen. Alle ExpertInnen sind sich einig. Das Kippen des Rauchverbotes sei – ich zitiere – ein schwerer Fehler mit weitreichenden Konsequenzen und wird nachweislich Menschenleben und sehr viel Geld kosten. Sagt die österreichische Gesellschaft für Pneumologie oder auch Österreich bleibe der Aschenbecher Europas, sagt die niederösterreichische GKK. Insbesondere ArbeitnehmerInnen sind dem Passivrauch der Gastronomie weiterhin schutzlos ausgeliefert. Kritik kommt aber auch von Seiten der Landespolitik und da auch von innerhalb der ÖVP. So sagt z.B. unser Landesrat Christopher Drexler, man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes und man tut letztendlich den Rauchern nichts Gutes. Mit der Rücknahme der bereits 2015 beschlossenen Novellierung des Tabakgesetzes katapultiert sich Österreich zurück ins gesundheitspolitische Abseits Europas. Das muss man wirklich so sagen, weil die allermeisten Länder in Europa haben bereits viel strengere Regelungen eingeführt. Es gab bereits 2013 ein Ranking, das nennt sich Tobacco Control Scale, wo Rahmenbedingungen des Rauchens, wie z.B. die Besteuerung und der Einfluss der Tabakindustrie oder auch Rauchverbote innerhalb Europas, verglichen werden und da war Österreich bereits auf dem letzten Platz 2013. Studien zeigen außerdem, dass das Rauchverbot in der Gastronomie nachweislich zum Rückgang des Tabakkonsums sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch bei Jugendlichen führt. Dadurch entstehen natürlich weniger Lungenerkrankungen und Herz-Kreislaufkrankungen. Außerdem, das fand ich z.B. sehr interessant in der Recherche für den dringlichen Antrag, ist es auch so, dass auch in Nichtraucherbereichen in der Gastronomie die Feinstaubbelastung stark erhöht ist. Das heißt, mir als Nichtraucherin hilft es nicht, wenn ich mich in einem Nichtraucherbereich aufhalte, weil es einfach nie zu 100 % abgedichtet ist. Ein letztes Argument noch, die Befürchtung, dass das Rauchverbot zu Umsatzeinbußen in der Gastronomie führen könnte, wurde auch widerlegt. In Ländern, die das eingeführt haben, in Spanien, in Irland und in Italien. Zusammenfassend kann man sagen, es gibt aus gesundheitspolitischer, aber auch aus wirtschaftspolitischer Sicht kein einziges Argument, das für diese Rücknahme des generellen Rauchverbotes spricht.

GesundheitspolitikerInnen aus allen Bundesländern und viele renommierte GesundheitsexpertInnen stellen sich ganz klar gegen die Aufhebung. Deswegen ersuche ich Sie alle hier, dass auch wir uns geschlossen gegen diesen gesundheitspolitischen Irrweg stellen. Ich stelle daher den dringlichen Antrag, der Grazer Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit eines starken NichtraucherInnschutzes und damit zur Notwendigkeit eines generellen Rauchverbots in der Gastronomie.

2.) Bürgermeister Siegfried Nagl und Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer werden ersucht, möglichst bald Gespräche mit den neuen Regierungsverantwortlichen aufzunehmen mit dem Ziel, dass das generelle Rauchverbot in der Gastronomie wie geplant mit Mai 2018 umgesetzt wird.

Originaltext des dringl. Antrages:

Kein Thema hat in letzter Zeit die Menschen in Österreich derart bewegt wie das von den RegierungsverhandlerInnen abgesagte generelle Rauchverbot in der Gastronomie. Eine Online-Petition der österreichischen Krebshilfe wurde schon (bis Mittwoch-Nachmittag) von rund 185.000 Personen unterzeichnet.

Alle ExpertInnen sind sich einig: Das Kippen des Rauchverbotes sei „ein schwerer Fehler mit weitreichenden Konsequenzen und wird nachweislich Menschenleben und sehr viel Geld kosten“ (Österreichische Gesellschaft für Pneumologie); Österreich bleibe der „Aschenbecher Europas“ (niederösterreich. GKK). Insbesondere ArbeitnehmerInnen sind dem Passivrauch in der Gastronomie somit weiterhin schutzlos ausgeliefert.

Kritik kommt auch von Seiten der Landespolitik. ÖVP-Gesundheitslandesrat Christopher Drexler kommentierte die geplante Rücknahme des Rauchverbotes folgendermaßen: „Man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes und man tut letztendlich den Rauchern nichts Gutes.“

Mit der Rücknahme der bereits 2015 beschlossenen Novellierung des Tabakgesetzes katapultiert sich Österreich zurück ins gesundheitspolitische Abseits Europas, wo die meisten Länder bereits strenge Rauchverbote beschlossen haben. Schon 2013 belegte Österreich im Rahmen der „Tobacco Control Scale“, welche Rahmenbedingungen des Rauchens wie Besteuerung, Einfluss der Tabakindustrie und Rauchverbote vergleicht, innerhalb Europas den letzten Platz.

Studien zeigen, dass ein Rauchverbot in der Gastronomie nachweislich zum Rückgang des Tabakkonsums sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch im kritischen Jugendalter führt. Dadurch entstehen weniger Lungen- und Herz-Kreislaufkrankungen. Studien zeigen außerdem, dass auch in den Nichtraucherbereichen der Gastronomie die Feinstaubbelastung stark erhöht ist. Die Befürchtung, das Rauchverbot könnte zu Umsatzeinbußen in der Gastronomie führen, wurde in Ländern wie Spanien, Irland und Italien bereits widerlegt.

Es gibt aus gesundheitspolitischer, aber auch aus wirtschaftspolitischer Sicht somit kein einziges Argument, das für die Rücknahme des bereits beschlossenen generellen Rauchverbots spricht. GesundheitspolitikerInnen aus allen Bundesländern und viele renommierte GesundheitsexpertInnen stellen sich klar gegen die Aufhebung des schon lange geplanten und fixierten Rauchverbots in der Gastronomie. Ich ersuche Sie daher, dass sich auch der Grazer Gemeinderat geschlossen gegen diesen gesundheitspolitischen Irrweg stellt!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zur Notwendigkeit eines starken NichtraucherInnschutzes und damit zur Notwendigkeit eines generellen Rauchverbots in der Gastronomie.
- 2.) Bürgermeister Siegfried Nagl und Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer werden ersucht, ehestbaldig Gespräche mit den neuen Regierungsverantwortlichen

aufzunehmen mit dem Ziel, dass das generelle Rauchverbot in der Gastronomie wie geplant mit Mai 2018 umgesetzt wird.

Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**:

Wir haben ebenfalls einen dringlichen Antrag zu diesem Thema vorliegen von Herrn Klubobmann Ehmman. Ich schlage vor, dass wir diese beiden Themen zugleich behandeln. Ich darf somit Herrn Klubobmann um seine Ausführungen bitten.

5.5 Petition/keine Aufhebung des absoluten Rauchverbotes (GR. Ehmman)

Ehmman:

Als „Ausdruck der Fehleinschätzung der Politik“ bezeichnet Med-Uni-Rektor Hellmut Samonigg das im Zuge der Koalitionsverhandlungen von VP und FP auf Bundesebene vereinbarte Kippen des absoluten Rauchverbotes in der Gastronomie. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich hatte damals schon, der Beschluss war ja schon viel früher, der fand im Parlament schon viel früher statt, als ich noch persönlich dort war und ich war persönlich bei diesem Beschluss beteiligt und wir haben es uns nicht leicht gemacht. Wir haben dieses Thema in vielerlei Hinsicht, Expertinnen und Experten, aber auch den persönlichen Zugang dazu uns angesehen, bzw. auch bewertet. Auch im Gesundheitsausschuss, wo ich dabei war usw. Sind wir uns doch ehrlich, wir wollen unsere Kinder, unsere Jugend schützen, wir wollen ArbeitnehmerInnenschutz, den nehmen wir sehr ernst, alle miteinander. Nämlich auch in der Wirtschaft und hoffentlich auch hier an dieser Stelle. Wir haben so lange gebraucht, dieses Verbot durchzubringen, was Europa schon viel früher gemacht hat, große Teile von Europa schon viel früher gemacht hat und vollzogen haben und jetzt das wieder nachträglich zu kippen, halte ich wirklich für nicht nur gesundheitsgefährdend, sondern auch für den völlig falschen Weg. Wir sehen uns das ja an. Wir haben beispielsweise bei einer Onlinepetition innerhalb von 36 Stunden mehr als 150.000 Unterstützerinnen und

Unterstützer gehabt. Gleichzeitig, momentan ist der Stand sogar über 280.000 Unterstützerinnen und Unterstützer aktuell. Das läuft übrigens noch 59 Tage, wer sich daran beteiligen will über diese Online-Petition. Med-Uni-Direktor Hellmut Samonigg ist ja auch ausgewiesener Experte in diesem Bereich und wenn er uns hier klar warnt betreffend Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Gefahren mit Krebs, ungefähr 15 Krebsarten hängen damit zusammen und ich glaube, ich bin der Unverdächtigste da, der dafür eintritt, weil ich leide selbst an diesem Laster, leider, ich habe es noch immer nicht ganz geschafft, davon abzukommen, aber ich habe absolut Verständnis dafür und stehe auch absolut dahinter, dass dieses Verbot aufrechterhalten bleiben soll. Ich glaube, nur in Österreich wollen offensichtlich einige PolitikerInnen hier diesen Schritt zurück machen in Richtung Glimmstängel-Zeitalter und unser Land doch zum Aschenbecher Europas zurückentwickeln. Aber auch PolitikerInnen der Couleurs, die es auf Bundesebene kippen oder vor haben zu kippen, sehen das offensichtlich deutlich ähnlich. Denn wenn ich mir ansehe, das kann doch nicht sein, umso wichtiger ist es, hier klare Worte zu finden, sagt Salzburg Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Es ist nicht die Regelung, die wir uns gewünscht haben. Noch deutlicher wurde angesprochen vom Gesundheitslandesrat Christopher Drexler. Man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes und letztendlich tut man den Raucherinnen und Rauchern nichts Gutes. Die Einzigen, die sich darüber freuen werden, sind die Putzereien, so Drexler. Auch hier sehen wir, dass es eine deutliche Ablehnung gibt, und dass es sehr viele kritische Stimmen gibt, abgesehen vom Vorstand der österreichischen Gesellschaft für Pneumologie. Das sind die Lungenfachärzte, aber auch hier bringt es Generalsekretär Bernd Lambrecht auf den Punkt: Daten aus Irland, Italien zeigen eindeutig, dass durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie bei Aktiv- wie bei Passivrauchern zu einer raschen Reduktion von kardiovaskulären Ereignissen bis hin zum Herzinfarkt kommt. Dem ist in Wahrheit nicht mehr viel hinzuzufügen, außer einem deutlichen Appell an die Mitglieder der künftigen Bundesregierung. Deshalb werden wir uns diesem dringlichen Antrag anschließen, zum einen von den Grünen, den sie stellen, in Inhalt und Dringlichkeit und selbst einen

stellen. Ich weiß, es kommt dann wieder Wahlfreiheit und was weiß ich, aber es kommt mir immer so vor, wenn ich mit einer Trompete in den Bus einsteige, weil mir danach ist, eine Trompete zu spielen und dann zum anderen zu sagen, ja, mir ist danach, das ist die Wahlfreiheit, du musst eh nicht mit dem Bus fahren, das sind Argumente, die nicht ganz zulässig sind in dieser Situation.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge in Anlehnung an bzw. mit Hinweis auf die eindringlichen Argumente der Krebshilfe, von Med-Uni-Rektor Hellmut Samonigg, Gesundheitslandesrat Christopher Drexler, der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie (ÖGP) und vieler anderer in einer Petition an die Koalitionsverhandlungsteams von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene, an die Mitglieder der künftigen Bundesregierung und an die Mitglieder des neuen Nationalrates appellieren, gemäß Motivenbericht und im Interesse der Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher sowie auch zum speziellen Schutz unserer Jugend am absoluten Rauchverbot in der Gastronomie festzuhalten!

Originaltext des dringl. Antrages:

Als „Ausdruck der Fehleinschätzung der Politik“ bezeichnet Med-Uni-Rektor Hellmut Samonigg das im Zuge der Koalitionsverhandlungen von VP und FP auf Bundesebene vereinbarte Kippen des absoluten Rauchverbotes in der Gastronomie. Und mit dieser Einschätzung steht der weit über die Grenzen hinaus bekannte Mediziner alles andere als allein da: So hat beispielsweise eine entsprechende Online-Petition der Krebshilfe innerhalb von nicht einmal 36 Stunden bereits deutlich mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden.

Und das aus gutem Grund: Denn Samonigg, dem medizinisches Unwissen denn doch nicht unterstellt werden kann, weist ausdrücklich darauf hin, dass die Konsequenzen

des Rauchens weit über das Gefahrenmoment Krebs noch hinausgehen: Auch die Gefahr von Herz-Kreislaufkrankungen, Gefäßerkrankungen, Erkrankungen des Gehirns erhöht sich drastisch. Und Samonigg sagt es deutlich: "Es kann nicht sein, dass wir die eine Ursache für viele Erkrankungen – Rauchen ist allein an 15 Krebserkrankungen beteiligt – nicht effektiv bekämpfen!"

So kommt es ja wohl auch nicht von ungefähr, dass europaweit massive Initiativen gegen das Rauchen gesetzt werden. Selbst in vormaligen Raucherparadiesen wie Italien ist es mittlerweile völlig klar und logisch, dass in Lokalen nicht mehr geraucht wird. Nur in Österreich wollen einige PolitikerInnen offenbar anders sein, jetzt einen Schritt zurück in Richtung Glimmstängel-Zeitalter setzen, unser Land zum Aschenbecher Europas zurückentwickeln.

Das kann denn doch nicht sein! Umso wichtiger ist es, jetzt klare, deutliche Worte zu finden – wie dies etwa Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer getan hat, der festhält: „Es ist dies nicht die Regelung, die wir uns gewünscht haben.“ Noch deutlicher der steirische Gesundheitslandesrat Christopher Drexler: „Man tut den Wirten nichts Gutes, man tut Österreichs Reputation nichts Gutes, man tut den Beschäftigten in der Gastronomie nichts Gutes und letztlich tut man den Rauchern nichts Gutes. Die Einzigen, die sich darüber freuen, sind die Putzereien.“

Dieser deutlichen Ablehnung durch den steirischen Gesundheitslandesrat kann man sich nur anschließen, muss man sich anschließen. Denn alarmierend-kritische Stimmen von Expertinnen und Experten gibt es ja mehr als genug: Das Kippen der bereits 2015 beschlossenen Novelle werde nachweislich Menschenleben und viel Geld kosten, warnt etwa der Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie (ÖGP) – das sind, wenig überraschend, die Lungenfachärzte. ÖGP-Generalsekretär Bernd Lamprecht bringt es wohl auf den Punkt: „Daten aus Irland und Italien zeigen eindeutig, dass es durch ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie bei Aktiv- wie bei Passivrauchern zu einer raschen Reduktion von kardiovaskulären Ereignissen bis hin zum Herzinfarkt kommt.“

Dem ist wohl nicht mehr viel hinzuzufügen – außer einen deutlichen Appell an die Mitglieder der künftigen Bundesregierung und des neuen Nationalrates zu richten, auf

die Stimme der Vernunft zu hören: Halten Sie am vorgesehenen absoluten Rauchverbot in der Gastronomie fest, setzen Sie Gäste und ArbeitnehmerInnen nicht vorsätzlich einer schweren Gesundheitsgefährdung aus, schützen Sie Österreichs Jugend!

In diesem Sinne wäre auch der Gemeinderat der Stadt Graz gut beraten, sich jetzt – zeitgerecht – der vorgenannten Reihe der ablehnenden Stimmen, von Rektor Samonigg bis Landesrat Drexler, von der Krebshilfe bis zur Stadt Wien anzuschließen und sich klipp und klar gegen das Kippen des absoluten Rauchverbotes in der Gastronomie auszusprechen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge in Anlehnung an bzw. mit Hinweis auf die eindringlichen Argumente der Krebshilfe, von Med-Uni-Rektor Hellmut Samonigg, Gesundheitslandesrat Christopher Drexler, der Österreichischen Gesellschaft für Pneumologie (ÖGP) und vieler anderer in einer Petition an die Koalitionsverhandlungsteams von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene, an die Mitglieder der künftigen Bundesregierung und an die Mitglieder des neuen Nationalrates appellieren, gemäß Motivenbericht und im Interesse der Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher sowie auch zum speziellen Schutz unserer Jugend am absoluten Rauchverbot in der Gastronomie festzuhalten.

GR. **Schunko:** Verehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kollegen. Ich danke für den Antrag. Wir in der Gastronomie, ich spreche jetzt nicht als Gastronom, sondern ein wenig entsetzt darüber, dass das Gesetz doch gekippt wurde. Ich verstehe nicht ganz, wir haben ja einen sehr, sehr langen Weg hinter uns, dass wir unsere Gäste und unsere Mitarbeiter und auch die Problematik, die wir haben im Gesamten, dort hinbringen,

dass die Leute Verständnis haben dafür, dass sie vor die Türe gehen und die Zigarette vor der Tür rauchen und wir das nicht mehr im Lokal haben sollten.

Wir rudern jetzt wieder zurück. Wir hoffen natürlich, dass das jetzt vielleicht doch noch irgendwie sich ändert, dass das Gesetz im Mai nun doch noch über die Bühne gebracht wird. Das Einzige, das ich dazu sagen kann ist, so soll es nicht passieren. Wir haben einfach keine Chance, die Leute akzeptieren das Rauchen einfach nicht mehr. Wir wissen das, wir merken das aus der Erfahrung, aus der Praxis heraus im Lokal. Wir haben ein Thema damit, wenn die Leute rauchen. Du kannst ein Lokal haben mit 500 m² und es raucht an irgendeinem Eck irgendwo ein Mensch eine Zigarette, auf der gegenüberliegenden Seite regt sich jemand auf und sagt, bitte tut ihn hinaus, der raucht da hinten. Wir haben ein großes Thema damit und diese Rechtsicherheit, die wollen wir in der Gastronomie haben, damit wir bereinigt sind und nicht uns ständig deklarieren müssen über die Raucher, die bei uns im Lokal stehen. Für den Außenbereich gibt es noch andere Richtlinien, da muss man noch darüber reden und uns Gedanken machen, aber vorerst sind wir für die Dringlichkeit und für den Inhalt wird sich noch meine Kollegin melden.

Der Dringlichkeitsantrag von Frau Gemeinderätin Wutte wurde einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag von Herrn Gemeinderat Klubobmann Ehmman wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ, MBA, Med. **Kopera:**

Verehrter Vizebürgermeister, liebe Kollegen, liebe Antragsteller. Es geht hier nicht um ein Rauchverbot, es geht vielmehr auch um Nichtraucher- und Jugendschutz. Als Medizinerin kann ich einige Fakten dazu liefern. Im Tabakrauch sind 70 krebserregende

Inhaltstoffe. Nikotin ist der gefährlichste davon, weil es nicht nur krebserregend ist, sondern auch suchterzeugend. 13 % der Todesfälle in Österreich sind jedes Jahr auf das Rauchen zurückzuführen. Weltweit sterben pro Jahr 600.000 Menschen an Folgen des Passivrauchens. Jetzt hat man sich verschiedene Strategien überlegt gegen das Rauchen, die grauslichen Fotos auf den Packungen, die es seit etwa 20 Jahren in vielen Ländern gibt, schrecken richtige Raucher nicht wirklich ab. Die Limitierung der Rauchmöglichkeiten z. B. in Flugzeugen, die greift, so auch die Rauchverbote in Gastronomiebetrieben. Seit etwa 2005 gibt es in verschiedenen Ländern Rauchverbote. Das teilweise Rauchverbot in Österreich hat in dieser Zeit zu einer Abnahme von 3 % der RaucherInnen und Raucher geführt, während im Vergleich das absolute Rauchverbot in Großbritannien zu einer Abnahme der Raucher und RaucherInnen von 16 % geführt hat. In Italien ist seit 2005 in Lokalen das Rauchen verboten und hat zu einer Minimierung des Herzinfarkttrisikos geführt. Es würde also das Kippen dieses absoluten Rauchverbotes einen absoluten gesundheitspolitischen Rückschritt bedeuten. Wenn man ökonomisch die Sache sieht, dann kann man gesamtwirtschaftlich sagen, dass zwar fast 2 Mrd. Einnahmen an Tabaksteuer durch das Rauchen getätigt werden in Österreich, aber insgesamt, wenn man gegenrechnet, die Behandlungskosten, Arbeitsausfälle, Pflegeleistungen und Frühpensionen, dann kommt es unter dem Strich zu einem Minus von fast 600 Mio. €/Jahr.

Die Kompensation, so einer Arbeit des deutschen Krebsforschungszentrums für diese 600 Mio. € würde bedeuten, dass eine Packung Zigaretten 11,30 kostet. Auch das wird echte Raucher nicht abschrecken. Deshalb gehen wir nicht nur mit der Dringlichkeit mit, sondern auch inhaltlich sind wir dafür, dass das absolute Rauchverbot auch in Österreich eingeführt wird.

GR. Mag. **Sippel:**

Hoher Gemeinderat. Ein wenig kommt mir das so vor, als ob das jetzt ein Ersatz-Nationalrat hier wird. Ich denke, es ist hier doch ein wenig die falsche Baustelle. Noch

dazu steht ja die Regierung noch nicht einmal. Also an wen schicken wir die Petition? Daher müssen wir bis vermutlich nächste Woche warten, das kann man natürlich machen, damit wir dann wissen, an wen wir uns zu wenden haben. Faktum ist, ich glaube, es ist nicht wirklich jetzt die Kompetenz des Grazer Gemeinderates, darüber zu befinden. Man kann natürlich Petitionen schicken, keine Frage. Dennoch die Diskussion läuft und natürlich ist es eine Diskussion, die schon lange währt und natürlich sind das alles Argumente, denen auch durchaus beizuwohnen ist. Auf der anderen Seite gibt es halt auch wieder andere Argumente, die die persönliche Entscheidungsfreiheit, die Individualität betreffen und wir sind eine Partei, die Freiheit im Namen hat und deshalb heißt es halt auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass es Freiheitsentscheidungen von jedem Individuum gibt und es wird niemand gezwungen, in ein Raucherlokal zu gehen. Ich weiß schon, du hast das mit der Trompete erklärt. Das ist natürlich durchaus, wenn man den Nichtraucherschutz bei Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen betrachtet, natürlich immer ein Thema, doch auch da kann man sagen, dass es diese Verpflichtung, in einem Raucherlokal z.B. zu arbeiten, nicht gibt. Das ist eine lange Diskussion, es ist eine langwierige Diskussion mit vielen Argumenten auf beiden Seiten. Für uns wiegt der Individualismus, die Freiheit, die Entscheidung des Einzelnen in dieser Frage mehr und auch die Freiheit der Wirte ist hier gemeint. Die haben vor vier Jahren, oder fünf Jahre ist es her, teure Umbaumaßnahmen machen müssen. Jetzt fünf Jahre später geht der Gesetzgeber wieder her und sagt, jetzt ist das alles für nichts gewesen. Jetzt könnt ihr wieder einreißen und wir verordnen euch ein komplettes Nichtrauchen. Das ist auch etwas, was nicht wirklich die feine englische Art ist und in der Gastronomie, Michi Schunko, wo du bist, dort ist es einfacher, aber es gibt auch viele kleinere Beisln, nennen wir sie einmal so, wo 90 % der Kunden Raucher sind. Für die ist das existenzgefährdend so ein Rauchverbot und entsprechend muss man das auch abwägen. Dann gebe ich auch etwas zu bedenken, weil es in den Schülerdiskussionen immer war und weil auch über Jugendschutz gesprochen wurde, ich habe das ja so gar nicht gewusst, die ganzen Shisha-Bars, was auch das Hauptthema der Schüler war in den Diskussionen, dass die jetzt auch mit 1.5., wenn das Raucherschutzgesetz in dieser Form gekommen wäre, zumachen hätten müssen.

Die können jetzt auch offenhalten. Das heißt, wir können das auch den Schülern mitteilen, dass diese geliebten Shisha-Bars weiterhin offenhalten können. Für mich war das nie ein besonderes Anliegen, aber anscheinend ist das auch in diesem Sinne ein positiver Nebeneffekt. Danke.

GRⁱⁿ. Ussner:

Ja, die wichtigsten Sachen sind eh schon gesagt worden. Ich möchte es trotzdem noch einmal mit ein paar Zahlen untermalen. Haben Sie z.B. gewusst, dass von 35 OECD-Staaten es nur noch 2 Länder gibt, die kein generelles Rauchverbot haben? Das sind Österreich und die Slowakei. Mir persönlich ist es relativ egal, ob jemand raucht oder nicht, das muss jeder selbst wissen. Aber schauen wir uns die Fakten an. Es sterben jährlich 15.000 Menschen in Österreich an den Folgen. Die gesundheitlichen Schäden sind auch schon genug erklärt worden. Worauf ich jetzt noch eingehen wollte, Herr Kollege Sippel, ich finde es sogar sehr positiv überraschend, dass der Grazer Gemeinderat und die Grazer ÖVP hier eine gegensätzliche Stellung bezieht zur Bundespartei und ich denke, Sie werden ja wahrscheinlich auch nicht unbedingt glücklich sein mit der Entscheidung der FPÖ, die zu CETA gefallen ist. Da darf es schon ein paar Differenzen geben.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Koalition ist immer ein Kompromiss!*

Ussner:

Nur noch zu der Aussage, es gibt keine Verpflichtung, in Raucherlokalen zu arbeiten, das ist schon eine sehr zynische Herangehensweise, wenn man davon ausgeht, dass da Menschen von ihrem Job abhängig sind und sich es dann nicht aussuchen können, ob sie in einem extrem gesundheitsschädlichen Umfeld arbeiten oder nicht. Da würde ich mir schon ein bisschen mehr Sensibilität wünschen für die Arbeitnehmer und

Arbeitnehmerinnen in der Gastronomie. Das Wichtigste ist gesagt. Danke.

GR. **Swatek** Bsc.:

Ich werde dem Antrag zustimmen, bin aber dennoch immer noch der Meinung, dass es Ausnahmeregelungen für gewisse Lokale wie z.B. Shisha-Bars geben muss.

GRⁱⁿ **Wutte** zum Schlusswort:

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die breite Zustimmung, die unser Antrag erfährt. Es freut mich sehr, dass wir hier so einen breiten Konsens zu diesem wirklich gesundheitspolitisch sehr wichtigen Thema finden konnten. Vielleicht noch kurz ein paar inhaltliche Antworten auf die von Ihnen, Herr Sippel, vorgetragene Argumente. Die treffen einfach größtenteils nicht zu. Z.B., als Sie gesagt haben, dass die Lokale mit so massiven Umsatzeinbußen zu kämpfen haben. Das sieht man in anderen europäischen Ländern, dass eben genau das nicht eintritt. Es ist durch Studien recht gut belegt. Ich möchte einfach zusammenfassend noch einmal sagen, es ist einfach auch nachgewiesen, es ist eine der wirksamsten Maßnahmen, die man setzen kann, um Leute vom Rauchen wegzubekommen. Das sollte unser Ziel sein, weil es einfach wahnsinnig schädlich für die Gesundheit ist. Natürlich bleibt die Wahlfreiheit von jeder einzelnen Person, aber wenn wir als öffentliche Hand Maßnahmen setzen können, die es den Menschen erleichtern, auszustiegen, dann sollten wir das machen.

GR. **Ehmann** zum Schlusswort:

Danke, ich möchte den VertreterInnen der Fraktionen, die für diese Anträge sind, herzlich danken, namentlich Kollege Schunko, Kollegin Kopera, Kollegin Ussner. Ich glaube, dass wir hier nicht, und wir sind alle intellektuell dazu in der Lage, dass wir das beurteilen können, dass wir hier nicht im Nationalrat sitzen, das ist schon klar. Aber es geht nicht um Kompetenz des Gemeinderates, es geht darum, ein Zeichen zu setzen,

um Haltung zu zeigen, um nach außen zu symbolisieren, wie die Grazer Politik diesem Vorhaben gegenüber mehrheitlich – offensichtlich – oder deutlich mehrheitlich, steht. Darüber bin ich froh, schade, dass es nicht einstimmig ist. In diesem Sinne möchte ich hier mich bei allen bedanken und was die Beschäftigten in den Gastronomiebetrieben betrifft, also das finde ich auch etwas zynisch mit dem Aussuchen, weil der Aktionsradius von Beschäftigten in Gastronomiebetrieben ist nicht so groß, dass sie sich das so aussuchen können, ob es ein Nichtraucher- oder ein Raucher-Lokal ist. In diesem Sinne, so glaube ich, ist es ein gutes Zeichen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Herzliches Danke für die große Beteiligung und Zustimmung.

Die Anträge wurden mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

5.6 Lebensqualität am Griesplatz (GRⁱⁿ Ussner)

Ussner:

Sehr geehrte Anwesende. Seit 20 Jahren wird geplant, den Griesplatz umzugestalten und für dessen BewohnerInnen lebenswerter zu machen und passiert ist bekanntlich nichts.

Wir feiern heuer 20-jähriges Jubiläum, nämlich das Jubiläum an gebrochenen Versprechen und dazu darf ich kurz aus der Kleinen Zeitung zitieren: 1997 titelte sie: *„Stadt stürzt sich nun auf Trambau in den Südwesten. Ruth Feldgrill konzentriert sich auf die Realisierung der Tram-Linie über den Griesplatz nach Don Bosco – nicht zuletzt als erster Schritt zur Innenstadtentflechtung.“* Da waren die Kosten sogar noch in Schilling berechnet, das hat mich sehr amüsiert beim Lesen von dem Artikel.

Ein 10-jähriges Jubiläum haben wir heuer auch, nämlich das Jubiläum der vorgeschobenen Wahlkampfversprechungen. Da ist nämlich erstmals von einer Markthalle am Griesplatz gesprochen worden. Dann hat es 2009 und 2012 auch noch ein paar Luftschlösser gegeben, von einem Naschmarkt oder einem Markt der

Nationen und natürlich wieder in Wahlkampfzeiten. Ende 2011 hat Lisa Rücker dann die Planung der Südweg-Linie in Auftrag gegeben und das war dann eigentlich auch schon das Ende mit allen irgendwie ernst gemeinten Vorstößen, etwas für den Griesplatz zu machen. Seitdem ist die Straßenbahn über den Griesplatz und eine seit 20 Jahren versprochene Tramlinie, das muss man sich bitte auf der Zunge zergehen lassen, Stück für Stück demontiert worden. Vor 2 Monaten haben wir die Straßenbahnanbindung über den Griesplatz abgesagt. Die ist damit auch gestorben. Trotz der ganzen Ankündigungen ist noch immer nichts passiert. Da darf man sich auch nicht mehr wundern, wenn die Leute in Gries sich ziemlich verschaukelt vorkommen. Wir haben jetzt eine Innenstadtentflechtung, die nicht dort fährt, wo sie am sinnvollsten wäre, sondern dort, wo sie die Autos am wenigsten stört und das ist für das Jahr 2017 eine ziemliche Peinlichkeit. Ich freue mich, dass Sie kommen, Herr Bürgermeister, Sie waren schon lange bei keinem dringlichen Antrag mehr von mir dabei.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.40 Uhr)

Ussner:

Es ist eigentlich eine Peinlichkeit für das Jahr 2017. Außerdem haben wir einen zweijährigen BürgerInnenbeteiligungsprozess gehabt. Was passiert mit den Ergebnissen von dem? Jetzt haben wir eh schon diskutiert, den Supergau. Nämlich in dem schon so und so belasteten Bezirk eine Autounterführung zu machen. Ich verwende den Begriff noch einmal, eine Hochleistungsstraße. Um mindestens 20 Mio. Euro! Die nach Modellberechnungen tausende Autos mehr über den Griesplatz in die Innenstadt schickt. Das ist ein Bereich, der so und so schon total belastet ist. Die Leute leiden an Gesundheitsbelastungen, an Gesundheitsschäden wegen dem Feinstaub, weil sie dort leben. Geld für einen Straßenbahnausbau haben wir aber angeblich nie. Zu dem Modellausschnitt, weil ich habe mir ja die Umweltverträglichkeitsprüfungs-

unterlagen wirklich angesehen, genau. Der ist viel zu klein gemacht und die Zahlen sind auch total unsauber.

*Zwischenruf GR. DI. **Topf**: Die sind maßstabsgetreu.*

Ussner:

Da ist mit viel mehr zu rechnen, als in dem Modell errechnet wird. Zum Gries selber, sind wir ehrlich, der Bezirk selbst ist den derzeit regierenden Parteien einfach egal. Vielleicht nicht allen, aber es ist immer schon das Stiefkind von Ihnen gewesen, Herr Bürgermeister. Es werden seit 20 Jahren Versprechungen gemacht, aber es wird nichts umgesetzt. So ein Projekt wie die Josef-Huber-Gasse würde ...

Verschiedene, unverständliche Zwischenrufe.

Ussner:

Hier ist schon wieder so eine Café-Haus-Stimmung.

So ein Projekt würde man sich in Bezirken wie Geidorf und St. Leonhard nicht trauen.

Das, was man am Griesplatz hier macht, das ist einfach eine bewusste zusätzliche Gesundheitsbelastung und Gesundheitsgefährdung der BewohnerInnen und damit stehen alle, die das beschließen wollen, mit in der Verantwortung.

Was ich noch anmerken möchte, wir sind in Zeiten, wo wir wissen, dass wir eine Mobilitätswende brauchen. Jede Investition in eine Infrastruktur für den Individualverkehr ist eine Investition in die Vergangenheit. Da kann man wirklich nicht vom modernsten Citymanagement Europas sprechen, wenn man 20 Mio. in so ein Projekt buttert. Der Bezirk Gries braucht eine Veränderung und 1000 Autos mehr pro Tag werden diese Veränderung nicht bringen.

Daher der dringliche Antrag:

1. Der Gemeinderat möge beschließen, dass bezüglich der Situation am und um den Griesplatz von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ein Runder Tisch einberufen wird. Dieser soll mit der Stadtbaudirektion, der Verkehrsplanung, der Stadtplanung sowie der Abteilung für Grünraum und Gewässer stattfinden. Weiters werden die VertreterInnen der Parteien, der Bezirksrat Gries, aktive BürgerInnen und Teilnehmende am Beteiligungsprozess, der MigrantInnenbeirat sowie die zuständigen Stadtsenatsmitglieder zu dieser Gesprächsrunde eingeladen. Der Runde Tisch wird mit den oben beschriebenen TeilnehmerInnen spätestens im Februar 2018 stattfinden und dem Gemeinderat wird in der Sitzung im März 2018 ein Informationsbericht vorgelegt.
2. Dieser Runde Tisch verfolgt das Ziel, folgende Themen zu besprechen und Lösungen zu finden.
 - Sofortiger Stopp des Projektes Stadtautobahn, Josef-Huber-Gasse
 - Wiederaufnahme der Planungen und Umsetzung der Straßenbahnlinie über den Griesplatz
 - Priorität für den Umbau des Griesplatzes zum Platz der Begegnung
 - Sichere Radwegverbindungen zwischen der Innenstadt und dem Griesplatz und eine Grünraumoffensive für den Bezirk Gries.
3. Die Verkehrstadträtin wird ersucht, sichere und durchgehende Radverbindungen in der Rösselmühlgasse, Josef-Huber-Gasse, Lazarettgasse, etc. prioritär zu planen und umzusetzen. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Seit 20 Jahren wird geplant, den Griesplatz umzugestalten und für dessen Bewohner*innen lebenswerter zu gestalten. Umgesetzt wurde von diesen Plänen und Ankündigungen leider kaum etwas oder jedenfalls nichts, was nur annähernd

nachhaltig wäre.

Wir feiern heuer sogar ein 20-jähriges Jubiläum, nämlich der Ankündigung der Straßenbahn über den Griesplatz. Die Kleine Zeitung vom 22. Jänner 1997 titelte: *„Stadt stürzt sich nun auf Trambau in den Südwesten. Ruth Feldgrill konzentriert sich auf die Realisierung der Tram-Linie über den Griesplatz nach Don Bosco – nicht zuletzt als erster Schritt zur Innenstadtentflechtung.“*

Und es ist auch schon wieder gut 10 Jahre her, dass Bürgermeister Nagl die Umgestaltung des Griesplatzes und die Errichtung einer Markthalle dort ankündigte. In den Jahren danach, 2009 und 2012, gab es weitere Versprechungen und – wohl nie ernst gemeinte – Luftschlösser wie beispielsweise einen Naschmarkt nach Wiener Vorbild, einen Markt der Nationen und vieles mehr. Lauter Versprechungen, die die Bewohner*innen des Griesplatzes allem Anschein nach wohl nur hinhalten sollten. Die 2011 in Auftrag gegebene Planung der Südwest-Linie unter Lisa Rücker war der letzte ernsthafte Vorstoß zur Verbesserung der Lebensqualität am Griesplatz. Trotz all den Ankündigungen ist bis heute auf diesem zentralen und belebten Platz noch immer nichts passiert und sogar die seit 20 Jahren geplante Anbindung an die Straßenbahn wurde hier im Gemeinderat vor zwei Monaten mehrheitlich abgesagt. Jetzt führt die Innenstadtentflechtung nicht dort, wo sie am sinnvollsten gewesen wäre, sondern dort, wo sie den Autoverkehr am wenigsten stört, eine stadt- und verkehrsplanerische Peinlichkeit für das Jahr 2017. Außerdem fand ein 2-jähriger aufwändiger und wichtiger BürgerInnenbeteiligungsprozess rund um die Neugestaltung des Griesplatzes statt. Was soll aber mit den Ergebnissen passieren? Wurden die Menschen wieder einmal nur hingehalten?

Darüber hinaus soll der sowieso schon sehr stark belastete Bezirk jetzt eine Autounterführung um mindestens 20 Millionen Euro bekommen, die nach Modellberechnungen zur Folge hätte, dass täglich tausende Autos zusätzlich über den Griesplatz in die Innenstadt fahren würden. Viel Geld, das wir angeblich für den Straßenbahnausbau nicht haben. Abgesehen davon, wie der schon jetzt völlig mit Autos verstopfte Platz das jemals ohne kompletten Zusammenbruch schaffen sollte, ist dieses Projekt ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die im Bezirk wohnen.

Der Umgang mit dem Gries und die Projekte, die dort passieren bzw. nicht passieren sollen, haben nichts mehr mit nachhaltiger Stadtentwicklung und moderner Verkehrspolitik zu tun, sondern verschlechtern vorsätzlich die Gesundheit der Bewohner*innen. Sie stehen für eine Politik, die eine Mobilitätsform der Vergangenheit in den Mittelpunkt stellt und sie stehen dafür, dass der komplette Bezirk dem Autoverkehr geopfert werden soll. Jede Investition in städtische Infrastruktur für den MIV ist eine Investition in die Vergangenheit. Mit solch einer Verkehrspolitik sind wir von smarten Stadtentwicklungskonzepten, wie sie in immer mehr Städten Europas forciert werden, sehr, sehr weit entfernt. Und wenn sich die derzeitige Richtung nicht verändert, wird diese Koalition es schaffen, dass Graz den Anschluss endgültig verliert. Der Bezirk Gries braucht unbedingt und umgehend eine Veränderung, um den Bewohner*innen wieder zumindest ein bisschen Lebensqualität zurückzugeben. Daher stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, einen Runden Tisch zur Verbesserung der Situation am Griesplatz einzuberufen. Eingeladen werden sollen insbesondere die für die Materie relevanten Ämter und Abteilungen, also die Stadtbaudirektion, die Abteilungen für Verkehrsplanung, für Stadtplanung sowie für Grünraum und Gewässer, weiters die Stadtsenatsmitglieder sowie alle im Gemeinderat vertretenen Parteien, der Bezirksrat Gries, aktive Bürger*innen und Teilnehmende am Beteiligungsprozess sowie der MigrantInnenbeirat. Dieser Runde Tisch soll das Ziel verfolgen, folgende Themen zu besprechen und Lösungen dafür zu finden:
 - die zu erwartende deutlich erhöhte Verkehrs- und Lärmbelastung durch die geplante Unterführung Josef-Huber-Gasse und Szenarien für einen Stopp dieses Projektes
 - eine rasche Wiederaufnahme der Planungen und Umsetzung der Straßenbahnlinie über den Griesplatz und die dafür notwendigen Schritte

- die Entwicklungsmöglichkeiten des Griesplatzes hin zu einem verkehrsberuhigten Platz, der für die AnrainerInnen und NutzerInnen eine entsprechende Aufenthaltsqualität bietet
- Möglichkeiten zur Schaffung von zusätzlichem Grünraum im Bezirk Gries

Der Runde Tisch soll spätestens im Februar 2018 stattfinden und die Ergebnisse daraus dem Gemeinderat in seiner Sitzung vom März 2018 zur Kenntnis gebracht werden.

2. Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, sichere und durchgehende Radverbindungen in der Rösselmühlgasse, Josef-Huber Gasse, Lazarettgasse etc. prioritär zu behandeln und in ihre Vorhaben im Bereich Radinfrastruktur vorrangig aufzunehmen.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Kollegin Ussner gibt sich hier wiederum als Verkehrs- und Planungsexpertin. Sie zweifelt gleich alle Zahlen an, da sind wir andere, die das Fach studiert haben, die ihre Hauptaufgabe hier haben. Sie sind Expertin für unlesbare Anträge, das darf ich auch einmal hier sagen, aus den BewohnerInnen werden dann Bewohner*innen und so geht es dann im Antrag weiter. Darum geht es Ihnen auch. Es wird der x-te Runde Tisch mit großer Beteiligung bis hin zum MigrantInnenbeirat gefordert. Alles Dinge, die ohnehin schon am Laufen sind und nicht dringlich sind und da geht es Ihnen nur, wieder einen Wirbel zu machen, sich als eigene Expertin zu generieren. Wie gesagt, die Planungen laufen, das Bürgerbeteiligungskonzept ist aufgestellt. Die haben auch schon Ergebnisse, es existiert alles, daher ist die Dringlichkeit abzulehnen.

GR. Mag. (FH) **Muhr** MSc:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Mitglieder der Stadtregierung! Liebe Tamara, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Aktionen und Maßnahmen für den

Griesplatz, dass die unbedingt notwendig sind steht für unsere Fraktion außer Frage. Selbstverständlich macht eine jede Gesprächsrunde, die zur Erhöhung der Lebensqualität führt, Sinn und ist auch zielführend. Da es nicht genug Überlegungen geben kann, wie die Menschen noch besser oder mit och gesünderen Umweltbedingungen, mit weniger Verkehrsbelastung leben können. Dazu möchte ich aber noch anmerken, dass unsere Fraktion in dieser Periode für die Entlastungsstrecke der Straßenbahn über die Neutorgasse gestimmt hat und damit die Innenstadtentflechtung endlich vorangehen kann, weil sonst warten wir noch weitere 20 Jahre auf diese Strecke, aber selbstverständlich stehen wir für die Verbesserung der Lebensqualität am Griesplatz. Egal ob mit oder ohne Straßenbahnanbindung und aus diesen Gründen werden wir auch der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Danke.

GR. DI. Topf:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,verkehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf kurz als Gries-Bewohner zu diesem dringlichen Antrag Stellung nehmen und auch ein wenig rückblickend diese 20 Jahre beleuchten. Ich möchte es durchaus mit Zustimmung oder mit Beteiligung der Stadtbaudirektion machen, die ja sehr intensiv versucht, diesen Bürgerbeteiligungsprozess und alles das, was damit verbunden ist, entsprechend zu leiten, zu führen und auch die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Griesplatz ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt. Ich glaube, das steht außer Zweifel. Ich denke, diese Funktion soll er auch weiterhin behalten, anders wird es nicht gehen. Jedoch müssen bestimmte verkehrliche Parameter für eine Neugestaltung geprüft werden.

Der öffentliche Verkehr ist für die Menschen am Griesplatz ein zentraler Faktor. Auch die Regionalbusse werden geschätzt, weil dort einfach eine große Personenfrequenz ist und auch diese Busparkplätze, derzeit noch Parkplätze, durchaus genutzt werden. Es ist auch so, dass eine mögliche Anbindung einer Straßenbahn, und das möchte ich schon noch einmal betonen, weil ich auch weiß, dass die Verkehrsplanung diese

Überarbeitung der Griesplatz-Studie, die schon längere Zeit in der jetzt noch vorliegenden Variante nicht mehr aktuell ist, sondern diese Überprüfung der Studie ist ja derzeit beauftragt und wird hoffentlich auch eine längerfristige Option dieser Straßenbahnanbindung noch berücksichtigen können. Die verkehrliche Relation des motorisierten Individualverkehrs sollte neu geprüft werden, das steht außer Zweifel. Derzeit kann von jeder Richtung, und das ist schon ein Thema, das tatsächlich anzusprechen ist, beliebig in jede Richtung mit dem Auto gefahren werden. Hier ist ein neues Verkehrsmodell sinnvoll, um zusätzliche Flächen für Fußgänger und Radfahrer zu generieren. Ich möchte aber einen Punkt besonders ansprechen: dass derzeit intensive Verhandlungen insbesondere durch die Stadtbaudirektion und durch den Bürgermeister mit dem Verkehrslandesrat Lang geführt werden. Auch schon einige Zeit, das ist durchaus richtig. Damit endlich die Bushaltestellen bzw. die Busparkplätze vom Griesplatz in eine andere Situation gebracht werden. Das heißt, die Busse werden nach wie vor den Griesplatz anfahren müssen, das ist ja mehrfach betont worden, dass es sinnvoll wäre, aber die Haltestellen bzw. die Abstellplätze müssten allenfalls Andreas-Hofer-Platz, es ist schon angesprochen worden, oder auch Hauptbahnhof, oder vielleicht auch in die Hohenstaufen-Gasse zum „Endparken“ gestellt werden. Grundlegende Rahmenbedingungen müssen vor einer generellen Neugestaltung des Griesplatzes noch erarbeitet werden. Hier zu nennen ist das Verkehrskonzept oder die Situation der Regionalbusse. Für die Zwischenzeit empfehlen die Fachabteilungen, und das wird vielleicht noch einmal angesprochen werden, kurz- und mittelfristige Maßnahmen, die bereits jetzt umzusetzen sind. Aus diesem Grund werden wir diesem laufenden Prozess jetzt nicht mit einem dringlichen Antrag begegnen, sondern wir hoffen, dass diese Lösung der Griesplatzfreiräumung von den Bussen bald umgesetzt werden kann.

Bürgermeister Mag. **Nagl**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, erlaube ich mir, ein paar Bemerkungen zu machen. Geschätzte Frau Gemeinderätin Tamara Ussner. Nachdem

sie so viel Freude haben, dass ich wieder bei einem dringlichen Antrag dabei bin, kann ich nicht anders. Früher einmal haben die Grünen sich sehr stark für Patchwork-Familys eingesetzt. Heute sieht es anders aus, heute ist der Stiefvater oder das Stiefkind schon wieder etwas Negatives. Ich darf nur sagen, in den 20 Jahren, seitdem ich auch als ehemaliger Bewohner des Bezirkes Gries, ich habe dort 1 Jahr lang gelebt in der Griesgasse, mich immer bemüht habe, Gries zu entwickeln. Das haben wir gemeinsam getan, über viele Jahre mit den Grünen sogar sehr intensiv, aber ich möchte daran erinnern, dass vor rund 20 Jahren die ganze Zeile an der Mur, Lend und Gries in einem Zustand war, den wir uns heute nicht einmal mehr vorstellen können. Wir haben damals mit Elmas mit Urban-Projekten diesen ganzen Stadtteil Lend und Gries verbessert. Ich habe damals mit dem Kollegen Josel, der zuständig war für den Planungsbereich, als Finanzreferent mitgearbeitet, wir haben den nördlichen Teil des Griesplatzes umgebaut und verschönert und wir haben einfach ein Pech, dass dieser Griesplatz eigentlich im Moment keinen Platz hat.

Wenn ich etwas umbauere, das ist zu Hause auch so, wenn du die alten Möbel nicht hinausbekommst, kannst keine neuen hineintun. Das ist genau das Problem, das wir am Griesplatz leider vorfinden. Solange wir keine Lösung mit dem Land betreffend Regionalbusse haben, das hätten wir vielleicht sogar schon, aber wir haben es heute eh schon angesprochen, der Andreas-Hofer-Platz steht halt auch nicht zur Verfügung aufgrund der Umstände, die es da gibt, kommen wir nicht weiter. Es ist für mich nach wie vor sehr traurig, dass wir auch am Andreas-Hofer-Platz noch die alte Lichtstele haben, dass wir dort das Rondeau haben, das zum Teil sogar ungenutzt ist, dass wir auch in punkto Busbetrieb, der dort stattfindet, nicht einmal gescheitete Haltestellen haben. Das ist eigentlich fast unerträglich. Das muss im nächsten Jahr, wenn ich so sagen darf, müssen wir uns alle gemeinsam anstrengen, um mit dem Baurechtsnehmer, den wir dann dort haben, vielleicht einmal zu einer Lösung kommen, im Moment sieht es eher wieder danach aus, als ob kein großes Interesse der Veränderung von Seiten dieses Baurechtsnehmers da ist. Aber wir sollten uns alle bemühen, dass wir das hinbekommen, sonst werden wir am Griesplatz die Quadratmeter nicht freischaufeln können, von denen wir träumen.

Ja, es gibt Dinge, die ich gesagt habe, ich würde es mir noch heute wünschen, so eine Art Naschmarkt oder ein internationales Marktgeschehen dort. Wir wissen, wie gut es gelaufen ist, wenn wir im Bezirk Lend den Markt damals umgebaut haben. Heute kommt sogar in Sondersendungen vor, wie das Leben sich dort entwickelt hat. Aber ich möchte den Griesplatz auch nicht schlechtreden, weil der Griesplatz auch Gott sei Dank von privater Seite eine durchaus rege Sanierungs- und Bautätigkeit bekommen hat. Die Verkehrsführungsgeschichte und die Verkehrspolitik, Frau Ussner, Sie sind hier neu da, obwohl die Grünen in der Stadt Graz die Agenden der Verkehrspolitik über gehabt haben, eure Fraktion fast pulverisiert. Es sind noch zwei Gemeinderatsmitglieder aus dieser Zeit jetzt da und ich würde einfach einmal bitten, dass man nicht so lehrerhaft immer wieder von der grünen Seite kommt und sagt, wir wissen, wie es im Verkehrsgeschehen gehen muss. Die Grazerinnen und Grazer haben euch für eure Verkehrspolitik auch abgestraft. Und zwar massiv abgestraft und ich möchte das einfach einmal sagen. *(Appl. ÖVP + FPÖ)*

Ihr seid's ja sonst auch für ein Miteinander. Wir haben uns lange genug darüber unterhalten, dass es eine Grundvoraussetzung braucht für einen Stadtteil, der 20.000 bis 30.000 Menschen beherbergen soll. Da kann ich nicht nur über einen Radweg nachdenken. Es wäre schön.

Zwischenruf GRⁱⁿ Ussner: Das tun wir eh nicht.

Nagl: Naja, eine der Hauptzufahrtstraßen die wir haben für diesen Bereich wollen wir ja jetzt auf einmal wieder wegnehmen. Ihr wart's doch dabei. Jetzt auf einmal nicht mehr, jetzt redet ihr auf einmal von einer Autobahn? Ich denke, es ist auch in einer Grazer Tageszeitung, wenn ich so sagen darf, eine ordentliche Antwort auf den Vorschlag hin gekommen. Das ist doch bitte jetzt und da gibt es ein paar vernünftige Vorschläge, über das möchte ich gerne reden, ich möchte nicht immer sagen, es ist alles eine Katastrophe und ihr behandelt das alle stiefmütterlich. Ich freue mich auch,

dass wir die Entwicklung in Lend jetzt haben. Heute waren ja wieder ein paar nicht dabei, als es darum gegangen ist, das Umfeld und das Hotel von Dr. Marko, das 200.000 € beisteuert, umzugestalten. Vom Lendplatz jetzt in die Wiener Straße hinauf mit diesen neuen Siedlungen. Das ist bitte genau das, was ich mir gewünscht habe, damit der Grazer Westen sich nicht benachteiligt fühlt gegenüber dem Osten. Das ist eine wirklich tolle Stadtentwicklung. Alles, was dort weggewesen ist, AVL baut dort eine unglaubliche Wirtschaftsstadt, wenn ich so sagen darf, fast einen Stadtteil und wir können jetzt vom Hotel bis zu Wohnanlagen mit Blick auf den Schloßberg ein ganz neues Lebensumfeld für Menschen schaffen, die drüben sind, die es sich verdient haben. Es tut mir in der Seele weh, ich habe heute gelesen, ich denke, Kollege Dreisiebner war es, dreihundert Bäume pflanzen, die Straßenbahn dazu, einen Markt dazu. Ich weiß noch nicht, welche Häuserzeile wir wegnehmen, damit sich das alles ausgehen soll. Im Moment haben wir dort aber noch den Busparkplatz und wenn wir das einmal geschafft haben, werden wir das endlich angehen können. Ich möchte das nur sagen, weil Sie mich unmittelbar angesprochen haben und es gibt viele Projekte, die wir in Gries unterstützt haben. Ich würde mir sehnlich wünschen, weil ich habe es auch den Bezirksvorstehern versprochen, dass wir weiterkommen und wir uns bemühen, aber es gibt manchmal Dinge, an denen wir weiter bohren müssen, an denen wir weiter dranbleiben müssen, weil es nicht von uns abhängt allein. Das bitte ich auch zur Kenntnis zu nehmen.

GRⁱⁿ **Ussner** zum Schlusswort:

Erstens einmal dankeschön der SPÖ für die Unterstützung. Herr Kollege Lohr, ich habe das Fach sehr wohl studiert und ich lass mir mein Fachwissen von Ihnen nicht denunzieren. Wir können uns gerne zusammensetzen und ich erkläre Ihnen dann die Zahlen von der UVP-Prüfung. Die Bemühungen rund um den Griesplatz, Herr Bürgermeister, das glaube ich schon, dass es Bemühungen gegeben hat, aber Fakt ist, dass wir seit 20 Jahren keine signifikanten Ergebnisse haben auf dem Platz, der

irrsinnig viel Potential hat. Mir ist die Situation am Andreas-Hofer-Platz mit Acoton und den Baurechtsvergaben schon sehr bewusst und ich hoffe, dass man daraus einfach lernt, an wen man da ein Baurecht vergibt, aus der Situation, dass man jetzt blockiert ist. Trotzdem gibt es Maßnahmen, die man am Griesplatz umsetzen könnte und Maßnahmen, wie man den Griesplatz schützen könnte. Wie vor dem Autoverkehr von der Josef-Huber-Gasse. Ich möchte Ihnen jetzt auch noch einmal erklären, wieso mich die Josef-Huber-Gasse so stört, ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Heuberger: Das wir alle so dumm sind!

Ussner:

...weil es anscheinend wirklich vielen Leuten nicht bewusst ist hier. Der Klimawandel ist die größte und dringendste Herausforderung unserer Zeit.

Ich erkläre auch Ihnen gerne den Zusammenhang, Herr Lohr. Da geht es um die Lebengrundlagen Ihrer Kinder und Enkelkinder. Ohne Lebensgrundlagen gibt es kein Leben auf dem Planeten. Eine Mobilitätswende ist genauso.

Zwischenruf GR. Frölich: Der erhobene Zeigefinger!

Ussner:

Ich weiß, dass es Ihnen schwer fällt, wenn Ihnen eine junge Frau etwas erklärt, aber zuhören könnten Sie trotzdem.

Zwischenruf Bürgermeister Mag. Nagl: Frau Gemeinderätin, der Stadtteil, den wir dort bauen, bei dem geht es genau darum, dass wir mit neuen Mobilitätskonzepten, mit

neuen Sozialkonzepten, mit neuen Stadtentwicklungsideen verhindern wollen, dass es so viel Verkehr gibt. Aber er muss doch erreichbar sein. Aber das haben wir jetzt schon beschlossen.

Ussner:

Wir brauchen trotzdem eine grundlegende Mobilitätswende und wir sind in der Position auf der kommunalen Ebene, dass wir das umsetzen können. Da hilft es nichts, da kann man sich noch so viele Aluhüte auf den Kopf setzen, wie man will, der Klimawandel betrifft uns jetzt schon in Österreich. Und Fakt ist in Österreich und in Graz...

*Zwischenruf GR. **Hötzl:** Darum seid ihr abgewählt worden!*

Ussner:

Wegen der Aluhüte? Nein, wegen der Aluhutmentalität einer bestimmten Partei den Klimawandel betreffend und Fakt ist, die Mobilität in Österreich und auch in Graz und auch das Verkehrsproblem, was den Klimawandel betrifft, ist dermaßen rückständig, dass es eine Investition in die Vergangenheit ist, wenn man 20 Mio. in so ein Projekt buttert und dann erwarte ich mir von Ihnen, der sich selbst als visionärer Bürgermeister sieht, schon auch ein wenig weiter in die Zukunft...

*Zwischenruf GR. **Stöckler:** Thema verfehlt!*

Ussner:

...nämlich in eine Zukunft wo wir einfach keine Autos mehr haben werden und jeden

Individualverkehr in Elektroautos zu verändern wird, auch nicht die Lösung sein.

*Zwischenruf Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio**: Dafür brauchen wir ein Kraftwerk.*

Ussner:

Es braucht den Mut und den Willen zur Veränderung. Genau auf dieser politischen Ebene.

*Zwischenruf GR. **Hötzl**: Jetzt reicht's schon!*

Ussner:

Mir war eh klar, dass der Antrag nicht durchgeht und trotzdem bedanke ich mich bei Ihnen Herr Topf, für die Ausführungen, weil ich habe schon das Gefühl gehabt, dass Sie schon auch den Punkt verstehen, den ich gerne machen würde.

*Zwischenruf GR. DI **Topf**: Jetzt hab ich es auch verstanden.*

Zwischenruf: Da ist er aber der Einzige!

Bürgermeister Mag. **Nagl**:

Die Verständnisfragen hätten wir geklärt, jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne + SPÖ) abgelehnt.

5.7 Unterstützung für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen (GRⁱⁿ Robosch)

Robosch:

Ich versuche nach dieser sehr emotionalen Diskussion wieder etwas runterzukommen. Mein Antrag heute beschäftigt sich mit Maturabällen.

*Zwischenruf GR. **Hötzl**: Eher was Lustiges!*

Robosch:

Ja, Maturabälle sind etwas Lustiges, vor allem ist Graz eine sehr junge Stadt mit über 46.000 Schülerinnen und Schülern und auch wenn sich unser Bildungssystem nicht sehr weit von dem entfernt hat, was Maria Theresia 1774 angedacht hat, ist die finanzielle Anforderung an Schülerinnen und Schüler und Eltern doch drastisch gestiegen. Jährliche Schikurse und Schullandwochen stehen schon am Programm und Sprach- und Kulturreisen werden nicht mehr mit Bussen oder mit der ÖBB zurückgelegt, sondern werden mit der Lufthansa zurückgelegt.

Die Eltern, die dem finanziellen Druck nicht mehr Stand halten können, gehen oft zu Elternvereinen, aber die können diese finanzielle Aufgabe längst schon nicht mehr stemmen. Wenn das nicht alles schon zu viel wäre, mit diesen Zusatzkosten und mit diesen Ausgaben, dann kommt im 12 Schuljahr, in der Abschlussklasse auch noch der Maturaball dazu.

Kollege Spath und ich haben heute erst darüber diskutiert, dass ich im November noch einmal Teil eines Maturaballes sein durfte, obwohl ich schon vor 4 Jahren maturiert habe und die Medien HAK hat 15.000 € für die Helmut-List-Halle gezahlt und zusätzlich noch tausende von Euro für alles rundherum. Sie haben auch sehr viele Schülerinnen und Schüler gehabt, die aus finanziellen Gründen an diesem

Maturaball nicht teilnehmen konnten und waren so eines, wie wir schon sagen würden, eines traditionellen Erlebnisses im Erwachsenwerden beraubt. Was man auch oft vergisst bei der fulminanten Umsetzung einer solchen Ballnacht ist, dass Schülerinnen und Schüler ihre Maturabälle selbst organisieren, selbst planen und ehrenamtlich durchführen. Neben dem Prüfungsstress, den Schularbeiten und dem Schulalltag kümmern sie sich nebenbei in der Maturaklasse auch noch um die Tanzeinlage, um die Location, um die sicherheits- und feuerpolizeilichen Auflagen und die Securitys und um die Finanzierung eines größeren Events. Oft fehlt ihnen dabei jegliche inhaltliche Unterstützung. Ich finde, die Stadt Graz hat auch die Aufgabe, jungen Menschen und Masantinnen und Masanten, auf die wir zu Recht sehr stolz sind, als Stadt auch zu unterstützen, anstatt sie mit z.B. hohen Abgaben zu untergraben. Die Lustbarkeitsabgabe haben wir hier an diesem Punkt schon öfter diskutiert und sie stellt vor allem für Masantinnen und Masanten eine weitere Belastung dar. Nicht nur Masantinnen und Masanten werden an die Kasse gebeten, auch gemeinnützige VeranstalterInnen von Charity-Veranstaltungen z.B. wie die RosaLila-PantherInnen, werden auch mit sehr hohen Abgaben zur Kasse gebeten.

Zwischenruf Bürgermeister Mag. Nagl: Die bekommen es aber wieder zurück.

Robosch:

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den
dringlichen Antrag,

1. Stadtrat Kurt Hohensinner möge prüfen, ob von Seiten der Stadt Graz ein Eventberatungs-Service inklusive rechtlicher und verwaltungstechnischer Beratung vor allem für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen eingerichtet werden kann. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.

2. Stadtrat Dr. Günter Riegler möge prüfen, inwieweit es möglich wäre, einen gesonderten Miettarif für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen in stadtnahen Liegenschaften einzurichten. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.
3. Dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt werden zu prüfen, ob bzw. unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Auswirkungen ein Entfall der Lustbarkeitsabgabe für Maturabälle sowie ehrenamtliche und/oder gemeinnützige Tanzveranstaltungen durchgeführt werden kann. Dem Gemeinderat ist bei der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Graz ist eine junge Stadt. Graz ist eine Universitätsstadt, aber auch eine Stadt mit über 46.400¹ Schülerinnen und Schülern. Auch wenn sich unser Bildungssystem in seinen methodischen und inhaltlichen Grundfesten nicht weit von dem entfernt hat, was Maria Theresia 1774 angedacht hatte, so haben sich doch die finanziellen Anforderungen an SchülerInnen und Eltern drastisch verändert.

Jährliche Schikurse und Schullandwochen sind schon in der Volksschule Programm, Sprach- und Kulturreisen legt man heutzutage mit der Lufthansa zurück und nicht mit der ÖBB. Der finanzielle Druck, der hier vor allem auf den Eltern lastet, kann längst schon nicht mehr durch engagierte Elternvereine abgedeckt werden. Und als wäre es in der Abschlussklasse nicht genug mit den Reisen und Zusatzkosten, als wäre der Leistungsdruck im 12. Schuljahr noch zuwenig, kommt dann auch noch der traditionelle Maturaball hinzu.

Was durch das fulminante Ergebnis in der Ballnacht oft vergessen wird: Alle Maturabälle werden von SchülerInnen selbst organisiert, geplant und ehrenamtlich

¹http://www.statistik.steiermark.at/cms/dokumente/11681245_103034796/881f514f/Sch%C3%BClerinnen%20und%20Sch%C3%BCler%20politische%20Bezirke%202006-07%20bis%202015-16.pdf

durchgeführt. Neben dem stressigen Schulalltag, Schularbeiten und Prüfungen kümmern sich SchülerInnen auch noch um die Location, die Tanzeinlagen, die sicherheits- und feuerpolizeilichen Auflagen, die Security und vor allem um die Finanzierung eines mittelgroßen Events. Oft fehlt ihnen hierbei jegliche inhaltliche Unterstützung.

Die Aufgabe der Politik und Verwaltung muss es daher sein, die Grazerinnen und Grazer bei der Umsetzung solcher Projekte und Veranstaltungen zu unterstützen, anstatt sie durch Bürokratie und hohe Abgaben zu untergraben. Insbesondere die Lustbarkeitsabgabe stellt für viele VeranstalterInnen eine enorme Belastung dar. Die Stadt bittet damit auch gemeinnützige Organisationen zur Kassa – so zahlen beispielsweise die RosaLila PantherInnen, OrganisatorInnen von zahlreichen Charity-Events, Bildungsprogrammen und anderen Angeboten, jährlich mehr Geld an die Stadt Graz, als sie für alle ihre Angebote seitens der Stadt an Förderungen bekommen.

Und auch für die Grazer MaturantInnen stellt die Lustbarkeitsabgabe auf Maturabällen Jahr für Jahr eine gewaltige Herausforderung dar. Eltern und junge Erwachsene sehen sich hier mit gewaltigen finanziellen Ausgaben konfrontiert, zahlen oft hohe Mieten für stadtnahe Liegenschaften, sowie 17,24 % Lustbarkeitsabgabe pro Eintrittskarte².

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

1. Stadtrat Kurt Hohensinner möge prüfen, ob von Seiten der Stadt Graz ein Eventberatungs-Service inklusive rechtlicher und verwaltungstechnischer Beratung vor allem für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen

² <https://www.sparkasse.at/.../Downloads/b74f8cba-597a-4c2f-b2a0-0c343d81125b.pdf>

eingrichtet werden kann. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.

2. Stadtrat Dr. Günter Riegler möge prüfen, inwieweit es möglich wäre, einen gesonderten Miettarif für Maturabälle und gemeinnützige Veranstaltungen in stadtnahen Liegenschaften einzurichten. Dem Gemeinderat ist bis März 2018 ein Bericht vorzulegen.
3. Dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt werden zu prüfen, ob bzw. unter welchen Rahmenbedingungen und mit welchen Auswirkungen ein Entfall der Lustbarkeitsabgabe für Maturabälle sowie ehrenamtliche und/oder gemeinnützige Tanzveranstaltungen durchgeführt werden kann. Dem Gemeinderat ist bei der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten.

GR. Mag. **Sippel**:

Bürgermeister, hoher Gemeinderat. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass wir über so einen Antrag da herinnen debattieren. Jetzt haben wir eine Geschäftsordnung des Gemeinderates, § 18, da steht drinnen Abs. 2 und 3, welche Themen von der Behandlung durch dringliche Anträge ausgeschlossen sind.

Hier sind Punkte drinnen wie, sie dürfen nicht finanzwirksam sein, es darf nicht in die Strukturen eingreifen, es soll, wenn es finanzielle Angelegenheiten betrifft, zumindest ein Bedeckungsvorschlag beigelegt werde, das ist in diesem Fall auch nicht der Fall.

Natürlich machen wir es jetzt immer so, dass wir das kleine Wörtchen „prüfen“

hineinschreiben. Die Abteilung möge prüfen, aber jetzt denkt mal bitte darüber nach.

Was heißt denn das? Es soll geprüft werden? Da entscheiden wir etwas als oberstes

Verwaltungsorgan der Stadt Graz und dann geben wir den Abteilungen sozusagen den Auftrag, sie mögen prüfen und können selbst entscheiden, ob sie es dann machen oder nicht? In Wirklichkeit führen wir unsere Geschäftsordnung ad absurdum. Wir sollten da wirklich einmal in uns gehen und solche Anträge wirklich nicht im Bereich der Dringlichen aufrufen. Weil das ist wirklich der Geschäftsordnung nicht würdig.

Ich möchte aber trotzdem was, weil es jetzt auch heute schon einmal Thema ist, zu

dem Punkt sagen. Natürlich, Frau Kollegin, du hast nicht ganz Unrecht. Natürlich sind Maturabälle extrem aufwendig und verlangen auch viel ab und vom Ehrenamt angefangen und auch natürlich die ganzen Kosten, die damit verbunden sind. Damals, als ich maturiert habe, habe ich es auch nicht verstanden, dass meine Kollegen, die in die HAK Weiz gegangen sind, die dort den Maturaball in ihrer eigenen Schule veranstaltet haben, dann so viel Geld am Ende in der Kasse gehabt haben und dass Sie locker und flockig auf Maturareise fahren konnten, der Flug sich ausgegangen ist und eine Woche im schönsten Hotel. Bei mir war der Maturaball so, dass meine Eltern insgesamt 300 € nachzahlen mussten, damit sich das überhaupt ausgegangen ist. Ich glaube, man kann schon darüber nachdenken, ob man da nicht in einer gewissen Weise fördert und unterstützt, aber ich glaube nicht, dass wir da jetzt eingreifen in irgendwelche Abgaben und Lustbarkeitsabgaben, wo wir uns überlegen, bei dem einen, da verlangen wir es, beim anderen nicht. Das ist ein Verwaltungsaufwand, der absolut nicht gerechtfertigt ist. Aber Förderung und Unterstützung bei diesem Ereignis, der Maturabälle für die Klassen in Graz, darüber kann man reden und da können wir uns Gedanken machen.

GRⁱⁿ Hopper:

Verehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich darf ganz kurz unsere Stellungnahme dazu abgeben und zwar zu dem Antrag, der dem vom Juni sehr ähnlich ist von dir, Anna, auch unsere Stellungnahme dazu wird sehr ähnlich ausfallen. Auch ich kann dir voll und ganz zustimmen, dass der Druck auf Maturantinnen und Maturanten vor allem im letzten Schuljahr ein sehr großer ist und irrsinnig intensiv ist. Der Maturaball trägt natürlich dazu bei und das ist kein Geheimnis. Die Organisation und die Dinge, die dazugehören, die du auch im Antrag ausgeführt hast, sind irrsinnig aufwendig. Sicher aufwendiger als jedes Referat, jede Arbeit, die man jemals in seiner Schulzeit bis zur Matura machen muss und damit geht auch eine enorme Verantwortung einher, die die Maturanten und Maturantinnen auch annehmen und sich dieser Verantwortung auch stellen. Zum allergrößten Teil meistern sie das auch

sehr gut und es trägt auch dazu bei, dass sie nicht nur in ihrem Tun bestärkt, sondern auch in ihrem Selbstbewusstsein bestärkt werden. Wo ich in dem Fall auch der Meinung bin, dass es da auch wichtig ist, die MaturantInnen vor der Organisation eines so großen Events zu bestärken und in dem Bereich, wo man ihnen klarmachen kann, dass sie sehr wohl entscheiden können, wo, in welche Lokation, in wie kostenintensiven Locations sie ihren Maturaball abhalten möchten und das nur, weil die Direktion z.B. gerne diese Location hätte, es nicht die Pflicht der Maturanten ist, auch dort dann den Maturaball zu veranstalten. Ich glaube, da gehören unsere Schülerinnen und Schüler sehr bestärkt. Weil doch ein intensiver Druck in vielen Bereichen ausgeübt wird, dem die Schülerinnen und Schüler dann oft nicht standhalten und dann manchmal ins Straucheln kommen bei so großen Veranstaltungen. Darüber hinaus gibt es sehr viele Locations, was sehr hervorzuheben ist, die die Maturantinnen und Maturanten auch unterstützen in der Organisation und das sollte auch allen anderen Locations, die Maturabälle anbieten, auch nahegelegt werden. Ich denke, das ist wichtig. Darüber hinaus ist die Informationsweitergabe schulintern und auch von externen Organisationen gegeben und das sind auch Dinge, da muss ich dem Herrn Klubobmann zustimmen, dass da die Maturanten und Maturantinnen sehr wohl unterstützt werden. Ein paar Worte noch zur Lustbarkeitsabgabe, da möchte ich nicht alles wiederholen, was der Herr Gemeinderat beim letzten Antrag schon ausgeführt hat, der Herr Thomas Rajakovics. Die Refundierung ist für karitative Veranstaltungen möglich bis zu einem gewissen Grad und wie damals ist es so, dass wir sehr wohl offen dafür sind, dass man sich überlegt, in welcher Art und Weise man da auch die Maturabälle und die Maturantinnen und Maturanten unterstützen kann. In gewisser Art und Weise wird das schon gemacht, seit dem Empfang vom Bürgermeister, inwieweit man da noch gehen möchte, ist sehr wohl eine Überlegung wert und soll sie uns auch wert sein unseren Schülerinnen und Schülern gegenüber. Außerdem ist auch bekannt, was die Lustbarkeitsabgabe angeht, bin gleich fertig, dass sehr viele Maturabälle da auch die pauschale Lösung nehmen über die Maturaballkarten, die über freiwillige Spende erhoben werden. Aus diesen Gründen sehen wir den Antrag als nicht dringlich und freuen uns aber auf alle weiteren

Überlegungen zur Unterstützung unserer Maturantinnen und Maturanten. (Appl. ÖVP)

GRⁱⁿ **Robosch** zum Schlusswort:

Sehr geehrter Herr Sippel, ich finde auch, wir sollten eher in uns gehen und uns fragen, sind das, was wir sonst so im Gemeinderat besprechen, die wirklich wichtigen und brennenden Themen?

*Zwischenruf GR. Ing. **Lohr**: Das fragen wir uns oft!*

Robosch: Wir fragen uns das auch sehr oft, weil vor allem, wenn die FPÖ nicht in der Regierungsrolle ist, bringen sie den gleichen Antrag in verschiedenen Gremien alle drei Monate.

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Den Matura-Antrag?*

Robosch: Nein, nicht den. Aber andere, die gleichlautend sind. Sie bringen auch jedes Jahr im Sommer den Burkini-Antrag und andere Anträge. Gewisse Sachen bekommen bei Ihnen einen ziemlichen Bart, hätte ich gesagt.

Ich habe meinen Antrag wenigstens noch ausgebaut, weil ich auch finde, dass wir auch durch diese Erfahrung, die ich noch einmal gemacht habe mit diesem Maturaball, dass ich auch finde, dass es einen verwaltungstechnischen Wirrwarr in der Stadt Graz gibt.

Der Kollege Swatek hat es beim letzten Mal ausgeführt, dass es nicht einmal ausreichende Informationen von Beamtinnen und Beamten gibt bezüglich der Lustbarkeitsabgabe. Es hier nicht durchsichtig ist und dass vor allem für junge Erwachsene ein extremer Aufwand ist, von A nach B zu rennen, um sich die nötigen

Informationen zu holen. Deswegen finde ich auch diesen Beratungsservice auch sehr wichtig, vor allem Graz sieht sich ja als beratungs- und serviceorientierte Stadt und das könnte für Maturabälle nur eine Erweiterung sein.

Liebe Anna, du hast gemeint, dass man eh die Freiheit hätte, nicht so kostenintensive Locations auszuwählen. Das finde ich auch etwas ironisch, wenn man sich vor Augen hält, dass die Helmut-List-Halle eben, wie gesagt, 15.000 € kostet. Der AK-Saal ein wenig darunter ist, aber der Kongress z.B. um ein Vielfaches höher ist. Da hier zu sagen, es gibt eh so viel Auswahl, das ist nicht war. Falls wir nicht wollen, das z.B. Schülerinnen oder Maturanten und Masantinnen den Weg gehen, den die HTL oder BULME manchmal geht, dass sie z.B. in die Steinhalle in Lannach ausweicht, die nur ein paar tausend Euro kostet, wo sich der Shuttledienst von Graz ausgeht und ganz viele andere Dinge noch zusätzlich ausgehen und die Maturareise danach, dann frage ich mich wirklich, was wir als Stadt Graz wollen. Zu den Miettarifen kann ich nur noch sagen, Vorarlberg hat z.B. für Maturabälle einen gesonderten Tarif, da sie 10 % günstiger sind als normal. Das wäre alles im Bereich des Möglichen, das sind keine Utopien, von denen ich hier spreche und ich finde, wir sollten in uns gehen und fragen, wollen wir eine Verbesserung für Masantinnen und Masanten oder wollen wir sie nicht? *(Appl. SPÖ + Grüne)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nachdem ich diese Diskussion und diese Debatte auch nicht das erste Mal höre, möchte ich ein paar Anmerkungen machen und ich darf vielleicht auch der Frau Gemeinderätin ein paar Informationen geben, damit sie sie auch weitergeben kann. Zuerst einmal, und da unterscheiden wir uns sicherlich auch politisch, es gibt so etwas im Leben wie eine Eigenverantwortung und es tut auch besonders gut jungen Menschen, in einem Projekt in der 7. Klasse, es ist ja nicht im Maturajahr, es ist ja vorher, einfach diese Eigenverantwortung einmal zu leben und ein tolles Projekt abzuwickeln. Ich kann mich noch erinnern, als ich maturiert habe, ich war das erste Mal mit meiner HAK damals im Kongress. Was das für ein Aufruhr war, weil wir uns das

damals zugemutet haben. Wir haben nicht nur die Kosten gestemmt, die damals schon sehr hoch waren, sondern wir haben auch einiges für die Maturareise zustande gebracht. Das Nächste ist, und das ist mir schon wichtig, wir haben ein Veranstaltungsreferat, und das bitte weiterzugeben an alle Maturaklassen, dort wird man sehr kompetent, sehr höflich, sehr hilfsbereit aufgeklärt von AKM über Lustbarkeitsabgabe usw. An die kann man sich wenden. Man muss sich dann entscheiden, ob man Eintrittskarten als freiwillige Spende tituliert oder nicht. Die Klassen, die sich genauer erkundigt haben, wissen, dass wir das in der Lustbarkeitsabgabe mit 300 € pauschaliert ist und das ist vielleicht nicht unwesentlich, dass man das weiß. Dann schaut dieser Kostenbrocken nicht so groß aus. Wundern tut es mich auch, dass sogar Vorarlberg genannt wird. In Graz haben wir die längste und größte Balltradition, was Maturaballklassen anbelangt, da kommt gar niemand mit. In Wien gibt es das kaum, in Graz gibt es einen Ball nach dem andern. Eigentlich machen es alle Schulen und ich kann mich noch an keinen Konkursfall erinnern. Wenn die jungen Menschen sich einbringen, dann haben sie es auch aus meiner Sicht immer schaffen können. Sie haben hier erzählt, dass die RosaLila PantherInnen nicht von der Lustbarkeitsabgabe betroffen sind, ich habe es als Finanzstadtrat gemacht, ist schon länger her, die bekommen eine Förderung jedes Jahr im Stadtsenat. Sie bekommen diese Förderung, seit Jahrzehnten, hätte ich jetzt fast gesagt. Noch einmal, das ist das Wichtigste, es kann doch nicht alles Vollkasko sein. Das ist eine freiwillige Veranstaltung. Soll die öffentliche Hand tatsächlich zahlen und Aufwendungen haben, weil Menschen feiern wollen? Wir haben so viele Aufgaben, dass wir gar nicht mehr wissen, wie wir sie finanzieren sollen. Ich denke, das muss man und kann man mit jungen Menschen auch offen diskutieren. In einem Punkt gebe ich allen Recht, die meinen, puh, die Kosten von den großen Hallen, die beansprucht werden, sind ganz schön exorbitant geworden. Über das kann man schon einmal nachdenken, aber man muss auch eines wissen: Dieser Gemeinderat entscheidet jährlich beim Budget und bei den Wirtschaftsplänen unserer Unternehmungen, sei es im Kongressbereich, sei es in der Stadthalle, darüber, welche Ergebnisse wir haben wollen. Wenn wir hier aufmachen anfangen, dann haben wir halt Riesendefizite zu tragen und ich glaube,

dass es die jungen Menschen sehr geschickt in Graz, und darauf können wir stolz sein, auch immer wieder geschafft haben, ihren Maturaball gemeinsam mit den Eltern auch wirklich zu stemmen. Schwer wird es, wenn es eine einzelne Klasse in einem großen Projektbereich will. Wenn sie sich zusammenschließen, ist es ganz gut gegangen. Das ist meine persönliche Meinung, weil ich es hier schon viele Jahre im Gemeinderat diskutieren darf und ich glaube, dass das ein ganz tolles Projekt ist, wo die Klassen zusammengeschweißt werden, wo sie diesen auch wirtschaftlichen Druck, den es gibt, nicht heile Welt, sondern da ist, wenn ich das so sagen darf, das erste Mal wirklich einmal ein Projekt dran, wo du dich beweisen musst und das ist für mich ein bisschen ein Teil der Reifeprüfung in Summe, die es auch gibt im wirtschaftlichen Bereich.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

5.8 Transparenter Bezirksrat – Protokolle (GR. Swatek, Bsc.)

Swatek:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Zuschauer auf der Tribüne und liebe Mitarbeiter der Stadtwache, die ja sicherlich die bestinformiertesten BürgerInnen unserer Stadt sind. Ich stelle heute einen Antrag, der das Thema Transparenz betrifft. Transparenz, haben wir heute schon gehört, das ist der schwarz-blauen Regierung sehr wichtig und deswegen glauben ich, dass das Thema hier gut hereinpasst. Es geht konkret um unsere Bezirksräte. Die leisten sehr gute Arbeit auf ihrer Ebene und sind eine wichtige Ansprechperson für alle Bürgerinnen und Bürger bei bezirksbezogenen Interessen. Wenn man sich jetzt allerdings als Bürger ein wenig genauer über die Arbeit des Bezirkes informieren möchte, dann wird man teilweise leider nur auf Internetseiten von Fraktionen fündig, und auf der Homepage der Stadt Graz bekommt man relativ wenig Informationen. Dabei wäre es eigentlich relativ leicht im Zeitalter der Digitalisierung, auf www.graz.at auch den BürgerInnen mehr Informationen bezüglich der Bezirksräte zur Verfügung zu stellen. Man könnte z.B., so wie ich es in meinem Antrag fordere, die Protokolle der Bezirksratssitzungen veröffentlichen. Diese Veröffentlichung, wenn man mehr Einblick in die Arbeit des Bezirkes bekommt, dann steigert das natürlich auch das Ansehen des Bezirkes, weil man als Bürger auch sieht, dass da etwas weitergeht. Weil die leisten ja tagtäglich etwas. Ich glaube, das ist eine Win-/win-Situation für alle. Die Stadt Wien ist da schon so weit, dass sie auf ihrer Homepage ihren Bezirken ganze Bereiche zur Verfügung stellt. Ich muss ehrlich sagen, mir tut es immer etwas weh, bei allem was in Wien nicht gut funktioniert, wenn ich hier als Beispiel die Stadt Wien erwähne und deswegen hoffe ich einfach, dass Sie zustimmen, damit mir das nicht mehr passiert. Und zwar veröffentlicht die Stadt Wien auf ihrer Homepage die Protokolle, aber auch die einzelnen Budgets der Bezirksvertretungen und gibt ihren Bezirksvertretungen sogar die Möglichkeit, auf eigenen Bereichen mehr Informationen über sich preiszugeben, dort eigene News zu posten etc... Ich würde es einfach als Stadt Graz gut finden, wenn wir anfangen, unsere Bürgerinnen und Bürger mehr über den Bezirk zu informieren

und wenn wir auf der Homepage der Stadt Graz auch die Protokolle der Bezirksratssitzungen veröffentlichen würden, wäre es kein wesentlicher Aufwand. Derzeit ist es in der Geschäftsordnung der Bezirksräte so definiert, dass die Protokolle in der jeweiligen Servicestelle aufliegen müssen. Die zusätzlich dann auch online zu stellen, wäre eine gescheite Idee. Daher stelle ich den

dringlichen Antrag:

- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu mehr Transparenz auf Ebene des Bezirkrates.
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob auf der Webpräsenz der Stadt Graz im Bereich der Bezirksvertretungen ein Platz für die Veröffentlichung von Protokollen der Sitzungen des Bezirkrates erstellt werden kann.
- 3.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob §19(3) der Geschäftsordnung für Bezirksräte um eine digitale Veröffentlichung der Protokolle der Sitzungen des Bezirkrats im Sinne des Motivtextes erweitert werden kann.

Originaltext des dringl. Antrages:

Bezirksräte sind die erste Anlaufstelle für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort und vertreten die bezirksbezogenen Interessen der Bevölkerung gegenüber den Organen und Einrichtungen der Stadt.

Möchte man sich als Bürger der Stadt Graz genauer über die Arbeit des Bezirkrates informieren, wird man auf der Webpräsenz der Stadt Graz leider nicht fündig.

Protokolle der Bezirksratssitzungen, die die Arbeit des Bezirkrates widerspiegeln, sind

online nicht auffindbar. Gemäß der “Geschäftsordnung für den Bezirksrat” der Stadt Graz sind Protokolle lediglich während der regelmäßigen Dienststunden der Servicestelle zur Einsichtnahme durch die Bezirksbevölkerung aufzulegen. Doch gerade im Zeitalter der Digitalisierung wäre es leicht möglich, allen Bürgerinnen und Bürgern einen niederschweligen Zugang zu Informationen zu gewähren. Dabei ist besonders die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen ein einfacher Weg, unabhängig von Ort und Zeit, jedem Interessierten einen Einblick in die Arbeit des Bezirkrates zu ermöglichen. Ein umfassender Einblick in die Arbeit des Bezirkrates würde auch das Interesse am Bezirksrat wie auch dessen Ansehen durch die Grazerinnen und Grazer steigern. Die Stadt Wien ist bei der Transparenz rund um die Bezirksvertretungen bereits wichtige Schritte gegangen. So steht der Bezirksvertretung auf “Wien.at” ein großzügiger Bereich zu, auf dem die Bezirksvertretung nach eigenem Ermessen Bürgerinnen und Bürger informieren kann.

Auch die Protokolle der Bezirksvertretungssitzungen sind auf “Wien.at” auffindbar.¹ Die Stadt Wien hat in ihrer Geschäftsordnung das Veröffentlichen der Protokolle auf “Wien.at” und damit eine Sicherstellung der Transparenz der Bezirksvertretung in der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen festgehalten.

Wien Geschäftsordnungen der Bezirksvertretungen §3 (6):

“Das genehmigte Protokoll ist in den Amtsräumen des Bezirksvorstehers oder der Bezirksvorsteherin aufzubewahren. Darüber hinaus ist dieses auf der offiziellen Homepage des Bezirkes auf Wien.at zu veröffentlichen, wobei personenbezogene Daten, die nicht die Tätigkeit der Mitglieder der Bezirksvertretung und des Bezirksvorstehers oder der Bezirksvorsteherin betreffen, unkenntlich zu machen sind...”

Daher stelle ich im Sinne einer transparenten Stadt gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

¹ <https://www.wien.gv.at/bezirke/innerestadt/politik/sitzungen/>

- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu mehr Transparenz auf Ebene des Bezirksrates.
- 2.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob auf der Webpräsenz der Stadt Graz im Bereich der Bezirksvertretungen ein Platz für die Veröffentlichung von Protokollen der Sitzungen des Bezirksrates erstellt werden kann.
- 3.) Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob §19(3) der Geschäftsordnung für Bezirksräte um eine digitale Veröffentlichung der Protokolle der Sitzungen des Bezirksrats im Sinne des Motivtextes erweitert werden kann.
- 4.) Dem Gemeinderat ist in der Februar-Sitzung des Gemeinderates ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GR. Schimautz:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Gast, lieber Niko Swatek. Ich muss sagen, es ist ein grandioser hervorragender Antrag, den du da heute eingebracht hast und wir stimmen auch 100-prozentig inhaltlich mit dem überein. Ich vermute nur, dass dieser Antrag heute nicht zur inhaltlichen Diskussion gelangen wird, da er nicht dringlich ist. Jetzt stellst du dir sicher die Frage, warum er nicht dringlich ist. Dringlich ist der deshalb nicht, weil dieser grandiose Antrag bei der letzten Bezirksratssitzung in Jakomini von meiner ÖVP-Fraktion Jakomini im Bezirksrat genau in dieser Form eingebracht wurde, einstimmig beschlossen wurde, einstimmig mit der Stimme der Neos. Das heißt, der Kollege Hörmann von Neos hat auch mitgestimmt am Montag bei der Bezirksratssitzung.

*Zwischenruf GR. **Frölich**: Skandal, abgeschrieben!*

Schimautz:

Das heißt, dringlich ist es aus dieser Sicht nicht mehr, weil er natürlich schon bei der Präsidiale zur Bearbeitung liegt, wir da auch optimistisch sind, das wir da zu einer Lösung kommen werden. Dadurch ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Überrascht bin ich ein bisschen, weil du heute ja vom frischen Wind der Neos gesprochen hast. Was ist das für ein frischer Wind?

*Zwischenruf GR. **Hötzl**: Eher ein Lüfterl.*

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Besser ein laues Lüfterl.*

*Zwischenruf GR. **Pogner**: Eher ein frischer Kugelschreiber.*

Schimautz:

Wenn du einen dringlichen Antrag hast und der dringliche Antrag im Prinzip eine Kopie von einem ÖVP-Bezirksratsantrag ist, wenn die Neos die Neuen sein wollen, die neue ÖVP im Prinzip, uns ersetzen möchten, diesen Anspruch an Österreich stellen wollen, dann stelle ich mir schon die Frage, warum man da nur mit einem Plagiat bei einem dringlichen Antrag daherkommt.

Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen. Inhaltlich aber hervorragend.

GR. Ehmann:

Geschätzter Herr Bürgermeister, Herr Stadtrat Riegler, Kolleginnen, Kollegen, lieber Niko. Das ist jetzt er schwer zu toppen, muss ich sagen. Aber ich kann die Dringlichkeit, ich versuche es zumindest, die Dringlichkeit kann ich insofern nachvollziehen, weil da bin ich auch ein profunder Kenner der Materie, weil ich selbst Betroffener war. Sei es als Bezirksrat, Bezirksvorsteherstellvertreter, als auch als Bezirksvorsteher. Aber diese Form der Bezirksdemokratie haben wir eigentlich seit 1993. Seit dato, bis heute 2017, hat sich da einiges getan, aber es könnte natürlich viel, viel mehr sein. Die Protokolle einsichtig zu machen, jetzt nicht nur aufzulegen in den Servicestellen oder vormals Bezirkszentren, sondern auch online zu stellen, diese Hürde sehe ich jetzt nicht so als große an. Das hätte man seit 1993 schon schneller verfolgen können. Deswegen die Dringlichkeit würde ich insofern dahin sehen, dass es natürlich schon sehr lange her ist, nämlich 24 Jahre, und daher werden wir dem zustimmen, wenn wir die Bezirksdemokratie ernst nehmen. Zum Inhalt muss ich sagen, das wollen wir ja alle, das habe ich auch da vernommen vom Kollegen aus Jakomini. Dann gilt es schon, besonders die Arbeit von Bezirksrätinnen und Bezirksräten der Bezirksbevölkerung näherzubringen. Was sie da tagtäglich leisten, ist großartig und ist eine große Unterstützung auch für den Gemeinderat und auch für die Stadtregierung in weitere Form, denke ich. Und daher ist es eine gute Sache. Was die Bezirksvorstehungen in Wien betrifft, das Beispiel würde ich nicht ganz heranziehen.

Zwischenruf GR. Pogner: Die nehmen das nicht so genau.

Ehmann:

Weil die Bezirksvorstehungen in Wien haben ganz andere Rechte und Pflichten, weil die sind faktisch Stadtteilbürgermeisterinnen und Bürgermeister, wenn man so will, mit einem ganz anderen Budget. Ich finde es nicht so spannend, wenn ich Gösting budgetär online stelle und dann haben wir 7.200 €, da werden wir nicht viel damit

machen können. Daher glaube ich, insgesamt werden wir uns über Bezirksdemokratie in Form eines Demokratiepaketes insgesamt wirklich Gedanken machen müssen, um hier einer Weiterentwicklung Folge zu leisten. In diesem Sinne vielen Dank. Wir werden den Antrag inhaltlich als auch dringlich unterstützen.

GR. Mogel:

Liebe Gäste, hoher Gemeinderat. Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Dein komödiantisches Talent habe ich natürlich nicht. Habe meinen Bezirksräten in Jakomini selbstverständlich auch geraten, dem Antrag zuzustimmen. Wohlweislich, dass ich weiß, muss ich dazu sagen, dass wir schon ein paar Monate vorher in der letzten Open Gouvernement Data Leitungs- bzw. Lenkungssitzung sogar noch einen Schritt weitergegangen sind. Zusätzlich überlegt haben, ob wir zu den Protokollen nicht auch die Anträge, weißt eh, als wir darüber geredet haben, ob man die nicht und in welcher Form und in welcher Qualität wir die hinaufstellen. Das heißt, Idee gut, aber alles andere als dringlich. Schon längst überholt in Wahrheit.

GRⁱⁿ Ussner:

Ich versuche, mich kurz zu fassen. Wir unterstützen natürlich alles, was der Transparenz der Stadt hilft und ich persönlich glaube, dass höhere Transparenz bei den Leuten einfach mehr die Möglichkeit hervorruft zu partizipieren. Genau das ist es, was wir wollen, dass die Menschen sich wieder mehr für Politik interessieren und mehr mitmachen. Eigentlich wollte ich nicht herausgehen, aber mich hat das schon etwas schockiert, ich fand das nicht so witzig wie Sie, Herr Schimautz, und ich möchte bitte schon erinnern, dass wir uns ein wenig respektvoller begegnen sollten in dem Gremium.

Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates: Ohhh...

*Zwischenruf GR. Mag. **Sippel**: Spaßbefreit!*

Ussner:

Ich versuche immer, respektvoll und sachlich zu bleiben. Ich weiß, dass sich jeder schon auf die Weihnachtsfeier freut, aber das habe ich jetzt schon etwas übertrieben gefunden.

GR. **Swatek** zum Schlusswort:

Ich muss gestehen, ich habe gewusst, dass du das erwähnst, Herr Kollege Schimautz, ich wollte dir aber den Spaß lassen.

Zwischenrufe: Oh wie großzügig! (Allgemeines Gelächter)

Swatek:

Du hast dich schon so gefreut, da denke ich mir, viel Spaß! Aber worum es eigentlich geht: Ich habe schon, bevor der Antrag in der Bezirksratssitzung von euch eingereicht wurde, eine Aussendung ausgeschickt, dass ich diesen Antrag heute dringlich einbringen werde. Das heißt, man könnte sich darüber streiten, von wem stammt die Idee. Ich denke, wichtig ist, dass es um Transparenz geht und dass sie auch voranschreiten sollte und ich möchte noch hinzufügen, dass mein Antrag ja viel weiter geht als der, der im Bezirk Jakomini verfasst wurde, weil der Antrag umfasst hier ja auch, dass geprüft werden soll, ob eine Änderung der Geschäftsordnung für Bezirksräte erfolgen kann. Dass das dann auch für alle Bezirke langfristig gilt, und das ist eine Grundsatzentscheidung der Transparenz, die wir alle treffen müssen, und wenn sich scheinbar die ÖVP vor dieser Grundsatzfrage drücken möchte mit einer sehr kreativen Ausrede, die zur eigenen Belustigung führt, dann finde ich das, ehrlich

gesagt, schade und hoffe, dass sie in Zukunft vielleicht das Wort Transparenz an jeder Stelle, wo es vielleicht nicht so passend ist, verwendet, sondern auch einmal selbst in euch geht und euch überlegt, das ihr wirklich etwas für die Transparenz in der Stadt macht.

Bgm. Mag. **Nagl:**

Die Logik habe ich jetzt nicht ganz verstanden, wenn man etwas ganz abschreibt und vorzeitig mitteilt, dass man es einbringen wird, dass wir danach darüber streiten könnten, wer der Urheber ist.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos, KPÖ, SPÖ und Grüne) abgelehnt.